



Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg

2016 bis 2027



ENTWURF – Stand: 14.09.2016



Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2016 bis 2027

- Neubrandenburg ist das wirtschaftlich starke Oberzentrum im Osten Mecklenburg-Vorpommerns.
- Ziel der Stadt Neubrandenburg ist die Wiederherstellung der finanziellen und selbstbestimmten Handlungsfähigkeit in den nächsten 10 Jahren.
- Mit der Schaffung leistungsstarker Strukturen stellt sich die Stadt für die Zukunft strategisch neu auf und ist gerüstet für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Mit der Realisierung dieses Konzeptes wollen wir die Identifikation mit der Stadt erhöhen, Neubrandenburg und die Region weiterentwickeln sowie eine der modernsten Stadtverwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns werden.

Allgemeine Hinweise zur Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes 2016 bis 2027

Gesetzliche Grundlagen

- KV M-V § 43 Abs. 6 [Haushaltsausgleich in Planung und Rechnung], 7 [Haushaltssicherungskonzept] und 8 [Beschluss Stadtvertretung] i. V. m. GemHHVO § 16 [Haushaltsausgleich] und § 17 b [Haushaltssicherungskonzept]
- Auflage Innenministerium zum HSK 2013/2014 bis 2018 (Haushaltserlass 2014 vom 07.10.14): spätestens 6 Monate nach Vorlage Abschlussbericht beratender Beauftragter Beschluss Stadtvertretung zum Haushaltssicherungskonzept nach KV M-V § 43 Abs. 7

Beratender Beauftragter

- KHKFondsVO M-V vom 17.12.12
- 07.11.13 Beschluss der Stadtvertretung Neubrandenburg zur Bestellung eines beratenden Beauftragten zur Haushaltskonsolidierung
- 22.05.14 Vereinbarung zwischen der Stadt Neubrandenburg und dem Ministerium für Inneres und Sport über die Entsendung eines beratenden Beauftragten
- 02.07.15 Bildung der Lenkungsgruppe zur Begleitung des beratenden Beauftragten
- Maßnahmenvorschläge beratender Beauftragter (PwC) vom 22.03.16
 - 19.05.16 vorgestellt
 - 08.06.16 vertiefend erörtert
 - Offen: Synopse zu den aufgeworfenen Fragen und Hinweisen zu Datengrundlagen und Berechnungen sowie zum angezeigten Beratungsbedarf
- 02.09.16 Stellungnahme der Stadt vom 25.08.16 an beratenden Beauftragten, weiterer Beratungsbedarf:

- Sicherstellung der Schul- und Jugendsozialarbeit in der Stadt in Verantwortung des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte (Zuständigkeitsabgrenzung, Finanzierbarkeit),
- Neuausrichtung und Finanzierbarkeit eines angemessenen Breitensports, des Leistungssportes/Olympiastützpunkt mit landes- und bundespolitischer Bedeutung,
- Finanzierbarkeit der Kunstsammlung als überregionale bedeutsame Kulturinstitution im Osten des Landes M-V,
- Identifizierung von Einsparpotenzialen im SIM,
- Umsetzung der Maßnahmen in der wirtschaftlichen Betätigung, bei der NEUWOGES und der VZN,
- Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes, Begleitung des Haushaltsvollzuges, der Ausgestaltung von Umsetzungsstrategien und des Controllings (operativ).

Allgemeine Hinweise

- betrachtet wird vorwiegend der Finanzhaushalt
- Basis: Plan 2016 (PwC: Plan 2015)
- i. d. R. stellenkonkrete Personalkostenansätze Planung 2016, in Einzelfällen Personalkostenansatz PwC von 49.000 EUR pro Stelle/Jahr
- Sachkostenpauschale Arbeitsplatz PwC: 1.400 EUR (KGSt 9.700 EUR)
- Maßnahmen grundsätzlich entsprechend der Stellungnahme der Stadt zu den Maßnahmenvorschlägen des beratenden Beauftragten aufgenommen (zusätzliches Potenzial von 1.000.000 EUR (SIM) gegenüber PwC bei Maßnahme „Portfolioanalyse“ nicht aufgenommen)
- angepasst an zeitliche und inhaltliche Umsetzbarkeit
- bereits umgesetzte/veranschlagte Maßnahmen wurden nicht eingepreist (z. B. SB Musealien, kw Förderung Soziales)
- ergänzt um weitere Maßnahmen (Fortschreibung HSK 2013/14 bis 2018)

Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2016 bis 2027

1	Zusammenfassung.....	1
2	Darstellung der aktuellen Haushaltslage.....	1
3	Ursachenanalyse	2
4	Feststellung der Konsolidierungsbedarfe und Definition von Konsolidierungszielen.....	8
5	Festlegung von Konsolidierungsmaßnahmen	9
5.1	Abrechnung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/2014 bis 2018	9
5.2	Handlungsgrundsätze der Haushaltskonsolidierung.....	10
	⇒ Strategische Konsolidierung braucht strategische Zielplanung.....	10
	⇒ Sozialraumplanung.....	11
	⇒ Aufgabenkritik und Art der Aufgabenerledigung	11
	⇒ Begrenzung der freiwilligen Leistungen	11
	⇒ Optimierung der Haushaltsplanung und des Haushaltsvollzugs.....	12
	⇒ Investitionscontrolling.....	14
	⇒ Forderungsmanagement/Schulden- und Liquiditätsmanagement.....	14
	⇒ Kosten- und Leistungsrechnung/Interne Leistungsverrechnung	14
	⇒ Einbindung der Beteiligungen.....	15
	⇒ Optimierung eines Vertragsmanagements	15
	⇒ Konsolidierungscontrolling.....	15
5.3	Haushaltssicherungsmaßnahmen für die Jahre 2016 bis 2027	17
6	Zusammenfassung des Konsolidierungspotenzials.....	65
Anlage 1	„Sachstandsbericht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/2014 bis 2018“	67
Anlage 2	„Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg 2016 bis 2027“.....	74

1 Zusammenfassung

Der Konsolidierungsbedarf im Finanzhaushalt (= Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres) beträgt im Jahr 2016 insgesamt 93.917,4 TEUR. Durch die Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen sowie durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsplanung und -durchführung soll im Finanzhaushalt eine Verbesserung des jahresbezogenen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen (= Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen abzüglich der Auszahlungen für die planmäßige Tilgung) von 2.657,2 TEUR im Jahr 2016 bis 6.076,2 TEUR im Jahr 2027 erzielt werden. Im Ergebnishaushalt wird der aktuelle Konsolidierungsbedarf 2016 (= Ergebnisvortrag in das Folgejahr) von 3.422,9 TEUR voraussichtlich im Jahr 2018 ausgeglichen sein. Der vollständige gesetzliche Haushaltsausgleich wird voraussichtlich im Jahr 2027 erreicht. Der Konsolidierungszeitraum von 10 Jahren berücksichtigt die Zuweisungen aus dem KHKFonds.

2 Darstellung der aktuellen Haushaltslage

Die Stadt Neubrandenburg befindet sich seit 13 Jahren in der Haushaltskonsolidierung. Durch erhebliche Anstrengungen in den letzten Jahren hat sich die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt gegenüber den Vorjahren dahingehend gebessert, dass ein jahresbezogener Haushaltsausgleich im Haushaltsjahr 2016 und im Finanzplanungszeitraum, mit Ausnahme des Haushaltsjahres 2018 auf Grund der Endfälligkeiten von zwei Investitionskrediten, erreicht wird. Jedoch mit den hohen Altdefiziten ist die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Neubrandenburg weiterhin als weggefallen zu bewerten und schränkt die finanziellen Handlungsspielräume auch in den folgenden Jahren sehr stark ein.

Gemäß § 43 Abs. 6 KV M-V ist der Haushalt in Plan und Rechnung sowohl im Ergebnis- und im Finanzhaushalt auszugleichen.

Der Ergebnishaushalt ist gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 1 GemHVO-Doppik ausgeglichen, wenn er unter Berücksichtigung von noch nicht ausgeglichenen Fehlbeträgen und vorgetragenen Jahresüberschüssen aus Haushaltsvorjahren keinen Fehlbetrag ausweist. Der städtische Ergebnishaushalt 2016 weist nach geplanten Entnahmen aus der Kapitalrücklage in Höhe von 354,6 TEUR ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus, gleichwohl bestehen ausweislich der Haushaltsplanung nicht ausgeglichene Fehlbeträge aus Haushaltsvorjahren in Höhe von 3.422,9 TEUR. Folglich ist der Ergebnishaushalt nicht ausgeglichen.

Der Finanzhaushalt ist gemäß § 16 Absatz 1 Nummer 2 GemHVO-Doppik ausgeglichen, wenn kein negativer Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres besteht. Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31.12.2016 beträgt trotz eines jahresbezogenen positiven Saldos in Höhe von 195,8 TEUR voraussichtlich noch -93.917,4 TEUR. Im Ergebnis ist der Finanzhaushalt nicht ausgeglichen.

Durch den Beschluss der Stadtvertretung am 08.09.2016 zur haushaltswirtschaftlichen Sperre ist im Finanzhaushalt im Ergebnis 2016 gegenüber der bisherigen Haushaltsplanung ein Überschuss Höhe von mindestens 2,2 Mio. EUR zu erwarten. Damit wird die eigene Zielsetzung der Stadt im Rahmen ihres Haushaltssicherungskonzepts in Höhe von 2.393,5 TEUR umgesetzt und der Verbesserungsvorgabe der Rechtsaufsichtsbehörde vom 22.07.2016 zur Entscheidung zur Haushalts-satzung 2016 Rechnung getragen.

Gemäß § 81 Abs. 1 KV M-V wurde der Beschluss der Stadtvertretung vom 19.12.2013 zum Haushaltssicherungskonzept der Stadt Neubrandenburg 2013/2014 bis 2018 im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Entscheidung zum Haushaltssicherungskonzept 2013/2014 bis 2018 insoweit beanstandet, als das das Ziel eines gesetzmäßigen Haushaltssicherungskonzepts (vollständiger Haushaltsausgleich) nicht erreicht wird. Von dieser Beanstandung nicht umfasst sind die im Haushaltssicherungskonzept ausgewiesenen Maßnahmen. Da die rechtsaufsichtliche Anordnung zur Beschlussfassung über ein gesetzmäßiges Haushaltssicherungskonzept bis dato noch nicht erfüllt worden ist, wurde gemäß § 82 Abs. 1 KV M-V angeordnet, dass die Stadtvertretung spätestens sechs Monate nach Vorlage des Abschlussberichts gemäß der Vereinbarung vom 22.05.2014 zur Entsendung des beratenden Beauftragten über ein Haushaltssicherungskonzept beschließt, das die Vorgaben des § 43 Abs. 7 KV M-V erfüllt.

Am 19.05.2016 wurden durch den beratenden Beauftragten (PwC) „Maßnahmenvorschläge zur Haushaltssicherung“ (Stand. 22.03.2016) vorgelegt und in einem Workshop am 08.06.2016 vertiefend erörtert. Durch die Stadt Neubrandenburg wurde mit Datum vom 25.08.2016 zu den Vorschlägen Stellung genommen. Insbesondere zu den Maßnahmen „Schulsozialarbeit“, „Leistungssport“, „Kunstsammlung“ und „Einsparpotenziale SIM“ und „NEUWOGES“ gibt es noch weiteren Beratungs- und Unterstützungsbedarf durch den beratenden Beauftragten.

Die Maßnahmenvorschläge des beratenden Beauftragten wurden weitgehend aufgegriffen und in dem vorliegenden Haushaltssicherungskonzept eingearbeitet sowie um die fortgeschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK 2013/14 bis 2018 ergänzt. Damit legt die Stadt ein Konzept vor, das die Vorgaben des § 43 Abs. 7 KV M-V erfüllt.

3 Ursachenanalyse

Die schwierige finanzielle Lage der Stadt Neubrandenburg ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, die nachstehend erläutert werden.

Die Entstehung der Altfehlbeträge ist vornehmlich auf die Unterfinanzierung der Leistungen im Jugend- und Sozialbereich zurückzuführen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Aufsummierung der Unterdeckung seit Einführung der Doppik im Jahr 2008 bis zur Umsetzung des LNOG im Jahr 2011. Bis zum damit verbundenen Aufgabenübergang an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte waren in diesem Zeitraum Unterdeckungen in Höhe von 114.094,1 TEUR durch die Stadt

aus eigenen Mitteln selbst zu finanzieren. Diese enorme Belastung überforderte die Stadt Neubrandenburg finanziell und ließ bis zur Umsetzung des LNOG den Fehlbetrag im Finanzhaushalt auf 96.651.936 EUR anwachsen.

ERGEBISSHAUSHALT	2008	2009	2010	2011	kumulativ
Angaben in TEUR	RE	RE	RE	RE	RE
Aufwendungen Sozial- und Jugendhilfe	64.516,5	65.231,1	62.704,2	50.900,5	243.352,3
Bereichsspezifische Zuweisungen	35.082,3	34.383,0	30.309,3	29.483,6	129.258,2
Unterdeckung	29.434,2	30.848,1	32.394,9	21.416,9	114.094,1

Seit Umsetzung des LNOG ist es der Stadt Neubrandenburg durch konsequente Umsetzung der bestehenden Haushaltssicherungsmaßnahmen zunehmend gelungen, den jährlichen Haushaltsausgleich zu erwirtschaften, sodass bereits mit dem Abbau der Altfehlbeträge geringfügig begonnen werden konnte.

Für eine Ursachenanalyse ist die Darstellung des Finanzhaushaltes vom Grundsatz her aussagekräftig, sodass auf eine Darstellung des Ergebnishaushaltes verzichtet wird.

Pos.	FINANZHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
Einzahlungen									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	50.235.940	53.546.993	56.505.856	58.627.201	60.999.400	63.173.500	63.017.200	64.528.400
	Zuwachsrate ggü. Vorjahr		7%	6%	4%	4%	4%	0%	2%
	Steuerquote (Anteil Steuereinz. an ord. Einzahlungen)	51%	51%	52%	53%	54%	55%	56%	57%
	dar.:								
	Grundsteuer A (seit 2015: 300 v. H.)	32.101	33.607	30.518	32.670	33.000	33.000	33.000	33.000
	Grundsteuer B (seit 2013: 550 v. H.)	8.237.583	9.477.453	9.505.033	9.471.013	9.600.000	9.600.000	9.600.000	9.600.000
	Gewerbesteuer (seit 2015: 440 v. H.)	21.097.773	21.326.871	22.667.179	23.280.287	25.000.000	25.000.000	25.000.000	25.200.000
	Gemeindeanteil an Einkommenssteuer	13.381.375	15.126.754	16.431.034	17.500.037	17.844.000	18.773.800	19.747.900	20.899.200
	Gemeindeanteil an Umsatzsteuer	3.947.270	3.964.842	4.071.939	4.418.898	4.563.800	5.653.700	4.427.600	4.495.700

Pos.	FINANZHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
Die Hebesätze der Realsteuern 2016 befinden sich im Durchschnitt der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte.									
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen und sonstige Transfer-einzahlungen	27.662.176	28.202.581	29.104.770	29.365.422	28.720.500	27.601.400	26.984.400	26.391.900
	Zuwachsrate ggü. Vorjahr		2%	3%	1%	-2%	-4%	-2%	-2%
	Zuwendg.-Quote (Anteil Pos. 2 an ord. Einzahlg.)	28%	27%	27%	26%	25%	24%	24%	23%
	dar.:								
	Schlüsselzuweisung FAG	9.291.548	9.902.079	8.610.636	9.869.352	9.012.500	9.629.800	9.013.800	8.805.000
	Zuweisungen Aufgaben übertr. WK - § 15 FAG	4.264.702	4.235.614	4.812.386	4.799.656	4.778.900	4.778.900	4.778.900	4.778.900
	Zuweisungen übergem. Aufgaben - § 16 FAG	4.983.750	4.975.355	4.952.770	4.934.485	4.919.700	4.442.300	4.428.900	4.428.900
	Zuweisungen für Theater und Orchester	8.914.036	8.823.598	8.916.265	8.913.166	8.921.500	8.330.600	8.330.600	8.330.600
Die Zuweisungen aus FAG erfahren keinen Wertzuwachs mehr. Die Stadt Neubrandenburg hat somit die inflationsbedingten Ausgabenzuwächse ausschließlich aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Ebenso wird deutlich, dass ab dem Jahr 2014 der im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der Zuweisung für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises festgestellte Mehrbedarf durch eine Verlagerung aus der Schlüsselmasse in den entsprechenden Vorwegabzug gegenfinanziert wurde und die Kommunen somit die gewachsene Ausgabenlast aus eigener Schlüsselmasse finanzieren. Diese Faktoren erschweren die Haushaltskonsolidierung stark.									
3	Einzahlungen der sozialen Sicherung	100.593	18.885	359.724	144.540	0	0	0	0
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	10.278.117	10.676.209	10.226.867	11.161.918	11.072.200	11.072.200	11.072.200	11.072.200
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.780.099	311.402	185.262	191.094	154.200	154.200	154.200	154.200
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.594.009	2.813.818	3.375.706	2.904.191	2.952.800	2.990.700	3.070.700	3.144.700
9	Sonst. Laufende Einzahlungen	1.305.983	1.310.694	1.210.022,42	1.261.234	1.410.300	1.405.700	1.402.400	1.403.000
10	Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	92.956.916	96.880.583	100.968.207	103.655.599	105.309.400	106.397.700	105.701.100	106.694.400
Auszahlungen									
11	Personalauszahlungen	20.866.372	20.435.853	19.942.340	20.089.895	20.018.000	20.334.900	20.441.800	20.635.500
	Zuwachsrate ggü. Vorjahr		-2%	-2%	1%	0%	2%	1%	1%
	Stellenentwicklung laut Stellenplan 2016	439,3	422,4	404,4	400,8	390,2	386,7	382,2	377,7
	Personalabbauquote		-4%	-4%	-1%	-3%	-1%	-1%	-1%

Pos.	FINANZHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
	Personalintensität (Anteil Pers.- u. Versorg.-Ausz. an ord. Ausz.)	22%	21%	23%	21%	22%	22%	22%	23%
12	Versorgungsauszahlungen	1.528.653	481.169	1.210.391	1.999.752	4.374.300	4.451.600	4.543.500	4.636.900
	In der Entwicklung der Personalauszahlungen ist der Erfolg der Haushaltskonsolidierung, insbesondere durch Umsetzung des Personalkonzeptes sichtbar. Die jährlichen Tarifsteigerungen konnten durch konsequenten Personalabbau aufgefangen werden. Seit Umsetzung LNOG wurde der Stellenbestand der Verwaltung von 439,3 VZÄ im Jahr 2012 auf 390,2 VZÄ abgeschmolzen. Dennoch wird zunehmend deutlich, dass die Verwaltung mit dem nunmehr vorhandenen Personalbestand an ihre Belastungsgrenze in der Aufgabenerfüllung stößt.								
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	12.013.854	11.973.840	11.163.065	10.700.615	10.542.200	10.530.100	10.534.500	10.514.300
14	Zuwendungen, Umlagen und sonst. Transferauszahlungen	48.025.895	50.045.629	48.542.369	53.585.769	55.695.400	55.301.100	56.155.600	55.980.600
	dar.:								
	Zuweisung an Theater und Orchester	10.351.491	10.313.601	10.985.282	10.551.130	10.951.200	10.951.200	10.951.200	10.951.200
	Zuweisung an SIM	4.616.300	6.221.400	3.316.647	6.665.589	7.015.700	7.040.800	7.040.800	7.040.800
	Die Reduzierung des Zuschusses an SIM 2014 begründet sich in geplanten Einzahlungen im SIM aus der Erstattung von Ansprüchen aus ausgereichten Mieterdarlehen im Zusammenhang mit dem Übergang der Kranichschule an den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte nach LNOG in Höhe von 600,0 TEUR und dem Bucherlös aus dem Verkauf der Anteile der Stadtwirtschaft an den Landkreis von 1.686 TEUR.								
	Kreisumlage	23.584.373	24.204.241	25.086.177	25.623.763	27.679.900	27.934.800	28.878.500	29.403.500
15	Auszahlungen der sozialen Sicherung	7.028.840	6.964.472	7.746.658	7.387.093	7.746.300	7.716.300	7.716.300	7.716.300
16	Sonst. laufende Auszahlungen	7.696.290	8.841.311	9.838.560	10.218.689	10.925.300	10.827.800	10.837.200	10.844.100
	Zuwachsrte ggü. Vorjahr		15%	11%	7%	7%	-1%	0%	0%
	dar.:								
	Mieten	4.631.965	5.442.637	5.870.676	6.163.116	6.397.500	6.397.500	6.397.500	6.397.500
	Datenverarbeitung	821.987	817.887	954.371	874.876	1.019.300	1.018.600	1.018.600	1.018.600
	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Auszahl./ Auszahl. für die Inanspruchn. von Rechten und Diensten	765.439	789.329	893.207	808.571	1.081.200	1.003.800	1.003.800	1.003.800

Während bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen Einsparungen erwirtschaftet werden konnten, muss bei den sonstigen laufenden Auszahlungen ein Anstieg verzeichnet werden. Dieser resultiert insbesondere aus der Steigerung der Mieten, der Auszahlungen für die Datenverarbeitung sowie der Sachverständigen-, Gerichts- und ähnlichen Auszahlungen. Die Erhöhung der Sachverständigen-, Gerichts- und Gutachteraussahlungen ist unter anderem durch den konsequenten Personalabbau und dem damit in Zusammenhang stehenden Einkauf von Fachwissen begründet. Insbesondere im Bereich Datenverarbeitung werden in den folgenden Jahren durch die zunehmende Digitalisierung und mit der Umsetzung von E-Government-Projekten Ausgabensteigerungen erwartet.

Pos.	FINANZHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
17	Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	97.159.904	98.742.275	98.443.383	103.981.813	109.301.500	109.161.800	110.228.900	110.327.700
18	Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-4.202.987	-1.861.691	2.524.824	-326.214	-3.992.100	-2.764.100	-4.527.800	-3.633.300
19	Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	5.829.730	7.291.131	7.447.371	7.289.494	8.385.500	7.446.300	7.476.500	7.505.700
	Zuwachsrate ggü. Vorjahr		25%	2%	-2%	15%	-11%	0%	0%
	Anteil der Zinseinzahlungen an den ord. Einzahlungen	6%	7%	7%	7%	7%	7%	7%	7%
	Bei den Zins- und sonstigen Finanzeinzahlungen ist ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Dieser ist insbesondere auf die Finanzeinzahlungen aus den Gewinnausschüttungen der wirtschaftlichen Unternehmen zurückzuführen und trägt deutlich zur Haushaltskonsolidierung bei.								
20	Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.542.806	2.296.982	2.353.187	1.488.240	1.874.300	1.791.900	1.754.300	1.839.600
21	Saldo der Zins- und sonst. Finanzen- und auszahlungen	2.286.924	4.994.149	5.094.183	5.801.254	6.511.200	5.654.400	5.722.200	5.666.100
23	Außerordentliche Einzahlungen	539.244	53	0	0	0	0	0	0
24	Außerordentliche Auszahlungen	539.100	0	0	0	0	0	0	0
25	Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	144	53	0	0	0	0	0	0
26	Saldo der ord. und außerord. Ein- und Auszahlungen	-1.915.920	3.132.511	7.619.007	5.475.039	2.519.100	2.890.300	1.194.400	2.032.800
	dar.: erwirtschaftete HSK-Beträge aus der Umsetzung des HSK 2013/2014-2018	--	--	879.500	2.460.800	3.981.300	--	--	--
27	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	6.689.543	6.116.354	5.983.422	5.966.233	5.888.300	5.899.600	5.858.100	5.849.400
29	Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	0	494.870	7.855	0	0	0	0	0
30	Einzahlungen aus Sachanlagen	7.340	154.264	203.216	1.232.608	0	0	0	0
31	Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	0	3.187.915	1.202.691	0	0	0	0
32	Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	15.726	13.012	6.964	76.365	9.300	9.300	9.300	40.000
34	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.712.610	6.778.501	9.389.372	8.477.896	5.897.600	5.908.900	5.867.400	5.889.400
35	Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	1.669.895	5.126.124	9.039.274	3.962.465	4.406.300	9.462.200	8.173.100	6.714.900
36	Auszahlungen für Sachanlagen	598.630	770.361	1.025.362	1.021.304	1.778.400	1.059.000	544.100	352.800

Pos.	FINANZHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
37	Auszahlungen für Finanzanlagen	968.556	2.874.051	3.020.313	5.891.220	398.500	291.100	13.700	10.000
40	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.237.080	8.770.535	13.084.949	10.874.989	6.583.200	10.812.300	8.730.900	7.077.700
41	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.475.529	-1.992.035	-3.695.577	-2.397.093	-685.600	-4.903.400	-2.863.500	-1.188.300
52	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	1.559.609	1.140.476	3.923.430	3.077.946	1.833.500	-2.013.100	-1.669.100	844.500

nachrichtlich:

Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen	-3.783.503	960.309	4.370.251	4.232.547	195.800	548.500	-3.817.400	18.600
Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	-96.651.862	-100.435.365	-99.475.056	-95.104.804	-94.113.200	-93.917.400	-93.368.900	-96.086.700
Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	-100.435.365	-99.475.056	-95.104.804	-90.872.257	-93.917.400	-93.368.900	-96.086.700	-96.068.100

Die positive Entwicklung der Lage im Finanzhaushalt ließ sich in der Mittelfristplanung 2016 noch nicht fortschreiben. Mit der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern wird jedoch auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung gehofft, damit die Stadt Neubrandenburg auch zukünftig ihre Funktion als Oberzentrum erfüllen kann. Die Höhe der Gewinnausschüttungen aus Beteiligungen soll verstetigt werden. Erschwerend für den zukünftigen Haushaltsausgleich ist die Entwicklung der Personalausgaben. Hier wirtschaftet die Stadt bereits am Minimum, sodass große Einsparpotenziale in diesem Bereich nicht mehr gesehen werden.

Der Ergebnishaushalt zeigt im Jahresergebnis ein positiveres Bild:

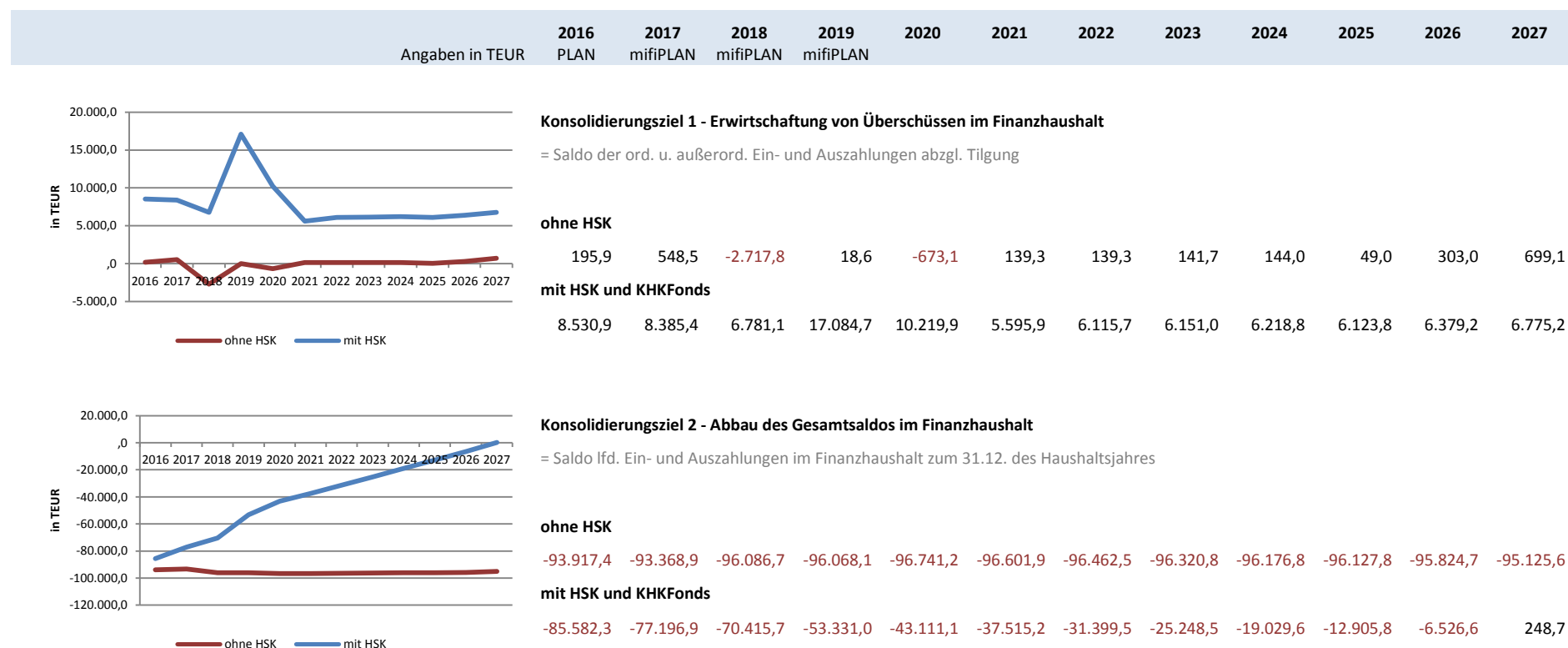
Pos.	ERGEBNISHAUSHALT	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Angaben in EUR	RE	RE	V-RE	V-RE	PLAN	mifiPLAN	mifiPLAN	mifiPLAN
37	Jahresergebnis (Überschuss/Fehlbetrag)	-7.275.981	0	2.557.163	1.727.868	0	522.400	0	150.300
39	Ergebnisvortrag in das Folgejahr	0	-7.275.981	-4.718.818	-2.990.950	-3.422.923	-2.900.523	-2.900.523	-2.750.223

Im Ergebnishaushalt sind noch aus Ergebnisvorträgen 3.422,9 Mio. EUR auszugleichen. Ziel bleibt auch hier, einen jahresbezogenen Überschuss auszuweisen. Somit wird der Fokus der Haushaltskonsolidierung vorrangig auf den Finanzhaushalt gelegt.

4 Feststellung der Konsolidierungsbedarfe und Definition von Konsolidierungszielen

Als Unterstützung für die Zurückgewinnung der finanziellen Leistungsfähigkeit und den damit verbundenen finanziellen Handlungsspielräumen der Stadt Neubrandenburg werden Konsolidierungsziele verbindlich festgeschrieben. Diese Konsolidierungsziele werden anhand von Kennzahlen gemessen und sollen anhand der Konsolidierungsmaßnahmen erreicht werden.

Folgende Konsolidierungsziele sind insbesondere durch Umsetzung der in diesem Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Maßnahmen zu erreichen:



Als jahresbezogenes Teilziel aus der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes heraus soll der Konsolidierungsbedarf in Höhe von 93.917,4 TEUR wie folgt reduziert werden:

Teilziele bis spätestens 31. Dezember	ohne Zuweisung aus dem KHKFonds - in TEUR -	Zuweisung aus dem KHKFonds - in TEUR -
2016 um mindestens	2.657,2	5.667,9
2017 mindestens um	2.159,0	5.667,9
2018 mindestens um	3.821,0	5.667,9
2019 mindestens um	11.388,2	5.667,9
2020 mindestens um	5.215,0	5.667,9
ab 2021 mindestens jährlich	5.456,6	--

Der gesetzliche Haushaltsausgleich soll spätestens im Haushaltsjahr 2027 erreicht werden. In Anbetracht der Höhe des auszugleichenden Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen und des Zeitraumes des Schuldenzuwachses ist ein 10-Jahres-Zeitraum als angemessen anzusehen.

Die Annahmen beruhen auf die im Finanzplanungszeitraum bis 2019 geplante Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen. Über diesen Zeitraum können keine seriösen Planungen vorgenommen werden. Potenzielle Risiken im Konsolidierungszeitraum, wie Steuerentwicklungen, Zinserhöhungen, inflationäre Entwicklungen... sind hierbei nicht abgedeckt. Weitere Voraussetzung ist eine aufgabengerechte Finanzausstattung sowie die aktive Unterstützung des beratenden Beauftragten bei der Umsetzung der Maßnahmen.

5 Festlegung von Konsolidierungsmaßnahmen

5.1 Abrechnung der Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/2014 bis 2018

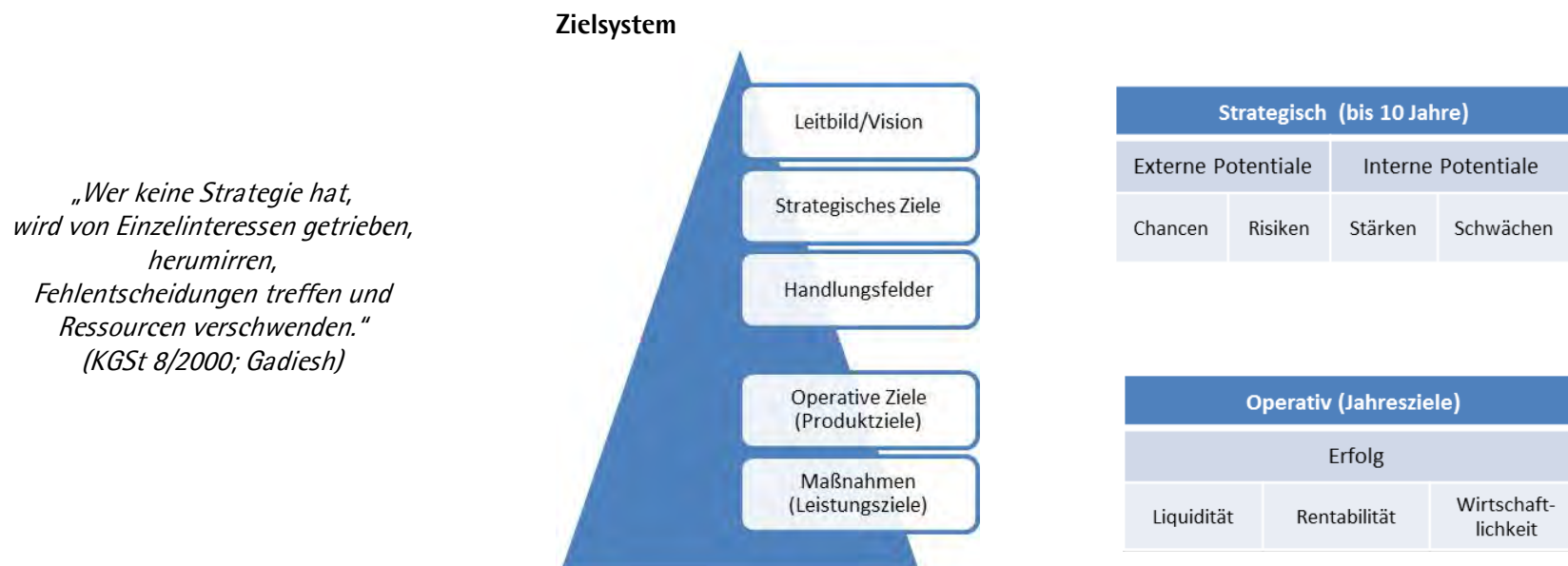
Das HSK 2013/2014 bis 2018 wurde auf der Basis der Haushaltsplanung 2014 erstellt. Ein Großteil der Maßnahmen ist umgesetzt und im aktuellen Haushaltsplan enthalten. Die Abrechnung der Maßnahmen ist als Anlage dem Haushaltssicherungskonzept beigelegt. Einige darin enthaltene Einspareffekte (Sammlungsportal, Bibliothek, Regionalmuseum, Flughafen, VZN, Zuschussverringerung SIM/Optimierung Raumbelastung, Gewinnausschüttung NEUWOGES) fanden sich im Bericht des beratenden Beauftragten wieder und sind als neue Maßnahmen fortgeschrieben.

5.2 Handlungsgrundsätze der Haushaltskonsolidierung

Die strategische Haushaltskonsolidierung verfolgt die Zielstellung, langfristig und nachhaltig wirkende Maßnahmen zu eruieren, die nicht nur kurzfristige bzw. einmalige Effekte der Konsolidierung bewirken. Nachfolgende Konsolidierungsstrategie legt hierfür die Handlungsgrundsätze fest.

⇒ **Strategische Konsolidierung braucht strategische Zielplanung**

Ausgehend vom weiterzuentwickelnden Leitbild der Stadt Neubrandenburg ist die zielorientierte Steuerung der im Haushalt beschriebenen strategischen Ziele auf der Basis von Bestandsanalysen weiter zu qualifizieren. Sie müssen noch besser beschreiben, wohin sich die Stadt Neubrandenburg mittel- bis langfristig unter Berücksichtigung der vorhandenen und sich verändernden Rahmenbedingungen und Herausforderungen entwickeln will. Insbesondere in Zeiten der Haushaltskonsolidierung ist nicht die Frage zu stellen „Wo wollen wir weniger machen, oder was halten unsere Bürger und die Mitarbeiter noch aus?“, sondern „Wie machen wir unsere Stadt zukunftsfähig?“



Aus den strategischen Zielen leiten sich die Schwerpunkte des kommunalen Handelns ab. Alle durch die Verantwortungsträger in Verwaltung und Kommunalpolitik zu treffenden Entscheidungen basieren auf dieser Planung.

Verantwortlich: Stadtentwicklung, Zentrale Steuerung

⇒ **Sozialraumplanung**

Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit der Stadt Neubrandenburg wurde begonnen eine Sozialraumanalyse für alle sozialen Bereiche (Kita, Schule, Jugend, Senioren, Ausländer, Kultur, Sport, Bildung...) durchzuführen und um Handlungsempfehlungen zu ergänzen, um so rechtzeitige und damit auch wirtschaftliche Weichenstellungen vorzunehmen sowie eine nachhaltige finanzielle Leistungsfähigkeit zu gewährleisten.

Verantwortlich: Generationen, Bildung und Sport, Stadtentwicklung

⇒ **Aufgabenkritik und Art der Aufgabenerledigung**

Ausgehend von den strategischen Zielen und Planungen ist die kommunale Aufgabenstruktur hinsichtlich ihrer Zukunftsfähigkeit zu untersuchen und entsprechend den Ergebnissen auszurichten und anzupassen. Die Erledigung der gesetzlichen Pflichtaufgaben hat mit einem dem Defizit angemessenen Aufwand zu erfolgen, z. B. durch die Überprüfung und Reduzierung von Standards. Die Übernahme von neuen Aufgaben, für die keine gesetzlichen Verpflichtungen bestehen, darf nur erfolgen, wenn die Finanzierung durch damit verbundene Erträge gesichert ist (siehe weiterführend Anlage 2 „Personalkonzept“).

Verantwortlich: Fachbereichsleiter und Organisation

⇒ **Begrenzung der freiwilligen Leistungen**

Bei den freiwilligen Leistungen wird im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung erheblicher Handlungsbedarf gesehen. In den vergangenen Jahren stiegen die Zuschussbedarfe nicht unerheblich. Für eine nachhaltige Absenkung des Zuschussbedarfes sind folgende Maßnahmen zu verfolgen:

1. konsequente Prioritätensetzung
2. ggf. vollständiger Verzicht auf einzelne Aufgaben
3. stärkere Eigenbeteiligung der Zuschussempfänger

Die Aufnahme neuer freiwilliger Leistungen ist nur zulässig, wenn sie durch den Wegfall bestehender freiwilliger Leistungen mindestens kompensiert werden. Ein Anstieg des Anteils an den ordentlichen Auszahlungen ist zu vermeiden. Im Rahmen der Entwicklungsplanungen in den einzelnen Leistungsbereichen (Sport, Kultur, Soziales) ist unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit der Stadt zu bestimmen, welcher Anteil der freiwilligen Leistungen an der Aufgaben- und Aufgabenstruktur der Stadt angemessen ist.

Verantwortlich: Fachbereichsleiter

⇒ Optimierung der Haushaltsplanung und des Haushaltsvollzugs

Aufwandsorientierte Konsolidierungsansätze

Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben unter Beachtung der Generationengerechtigkeit nachhaltig gesichert ist. Dabei ist der Haushaltsplan nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufzustellen und auszuführen (vgl. § 43 KV M-V).

Der Anstieg von Aufwendungen und Auszahlungen ist weitestgehend zu begrenzen. Anhaltspunkt ist hierbei der Anteil der jeweiligen Auszahlungsart an den ordentlichen Auszahlungen. Besonderes Augenmerk gilt dabei:

- Personal- und Versorgungsauszahlungen
 - o Personal- und Versorgungsauszahlungen mit einem Anteil von 22 % an den ordentlichen Auszahlungen (Plan 2016)
siehe hierzu Anlage 1 „Personalkonzept“
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen sowie sonstigen laufenden Auszahlungen
 - o zusammen ein Anteil von 19,3 % an den ordentlichen Auszahlungen
 - o darin enthalten Mieten an SIM (Plan 2016: 6.297,5 TEUR)
 - ⇒ Prüfung weiterer Optimierungsansätze im Gebäude- und Immobilienmanagement/Kostenoptimierung im SIM als Maßnahme
 - o Optimierung von Verwaltungsprozessen, insbesondere verstärkt im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit (auch über das Personalkonzept hinaus)
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen sind die am geringsten beeinflussbaren Positionen
 - o betragen aber einen Anteil von 50 % an den ordentlichen Auszahlungen
 - o darin enthalten Kreisumlage (Plan 2016 27.679,9 TEUR), Zuweisungen an TOG (Plan 2016 10.951,2 TEUR, einschl. FAG)
 - o Zuschuss an SIM (Plan 2016 7.015,7 TEUR, dar. Zuschüsse SIM für die Sportstättennutzung 2.366,5 TEUR)
 - ⇒ siehe Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Ein unabweisbarer Mehrbedarf im Einzelfall ist an anderer Stelle auszugleichen.

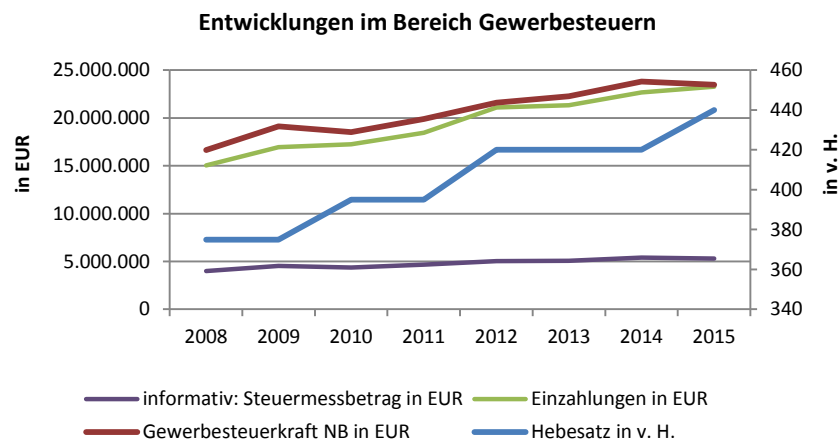
Verantwortlich: Fachbereichsleiter

Ertragsorientierte Konsolidierungsansätze

Sind alle Möglichkeiten der Verringerung der Aufwendungen und Auszahlungen ausgeschöpft, sind die Positionen der Ertrags- und Einzahlungsseite zu prüfen. Die Grundsätze der Einnahmebeschaffung gem. § 44 KV M-V sind einzuhalten. Bei der Finanzmittelbeschaffung gelten Erträge und Einzahlungen aus Entgelten vor Steuern. Die Aufnahme von Krediten für Investitionen kommt nur in Betracht, wenn alle anderen Deckungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind oder eine andere Finanzierung nicht möglich oder wirtschaftlich unzuweckmäßig ist. Gegenüber der Veranschlagung eintretende Mehrerträge sollen konsequent zur Verbesserung des Jahresergebnisses und damit zur Reduzierung der Altfehlbeträge, nicht für neue und höhere Aufwendungen verwendet werden.

In den Gebührenhaushalten ist sicherzustellen, dass Gebührenunter- bzw. -überdeckungen spätestens innerhalb von drei Jahren nach Ende des abgeschlossenen Kalkulationszeitraumes ausgeglichen werden. Die Gebührenkalkulationen sind alle zwei Jahre zu überprüfen und die Gebührensatzungen ggf. anzupassen. Im Rahmen einer Haushaltssicherungsmaßnahme sollen die öffentlich-rechtlichen Gebühren und privatrechtlichen Leistungsentgelte überprüft und angepasst werden.

Der Stadt Neubrandenburg wurde in den vergangenen Jahren eine gute Steuerkraft attestiert. Dies schlug sich jährlich negativ in der Höhe der Schlüsselzuweisung nieder. Durch den dauerhaften Druck der Haushaltskonsolidierung wurden die Hebesätze der Realsteuern sukzessiv angehoben. Während der Hebesatz der Gewerbesteuern im Jahr 2008 noch 375 v. H. betrug, wurde dieser im Jahr 2015 auf 440 v. H. und damit über den der Landeshauptstadt Schwerin angehoben. Zunehmend wird nunmehr deutlich, dass die Steuerkraft im Bereich Gewerbesteuern abnimmt, sodass im strukturschwachen östlichen Landesteil Mecklenburg-Vorpommerns deutlich eine Grenze erreicht ist, deren Überschreitung für die Stadt Neubrandenburg aus heutiger Sicht mehr negative als positive Effekte erwarten lässt.



Im Bereich der Grundsteuer B liegt der Hebesatz der Stadt Neubrandenburg im interkommunalen Vergleich der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte über dem gewogenen Durchschnitt von 530 v. H. aus der Steuerkraftberechnung 2015. Der Hebesatz der Grundsteuer A wurde auf 300 v. H. erhöht, wenn auch mit geringen positiven Einnahmeeffekten.

Dennoch wird die Stadt Neubrandenburg im Zuge der Haushaltsplanung die Höhe der Hebesätze jährlich überprüfen und ggf. anpassen. Der Hebesatz der Realsteuern (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer) sollte sich an der Höhe des gewogenen Durchschnittshebesatzes der großen kreisangehörigen Städte in M-V orientieren.

Verantwortlich: Finanzservice

⇒ **Investitionscontrolling**

Flächendeckend in der Verwaltung, für die städtebaulichen Sondervermögen sowie im Eigenbetrieb Immobilienmanagement ist das Investitionscontrolling zu optimieren. Ein erfolgreiches Investitionscontrolling trägt dazu bei, mit einem möglichst geringen Aufwand einen bestimmten Zweck zu erreichen und dabei unrealistischen Nutzerforderungen entgegenzuwirken sowie insbesondere im Bereich Bau baugestalterische und bautechnische Wünsche angemessen zu berücksichtigen. Im Rahmen von Projektarbeit erfolgt in den o. g. Bereichen die systematische Kosteninformation als Entscheidungsgrundlage (Ermittlung der Herstellungs-/Beschaffungs- und Folgekosten; Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen), Schaffung strukturierter Handlungsrahmen, Unterteilung der Projektabläufe in Phasen (Meilensteine) sowie Definition von klaren Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen. Im Finanzservice erfolgt die finanzielle Genehmigung und Überwachung der Investitionsprojekte, sodass vom Grundsatz her negative Auswirkungen auf zukünftige Haushaltsjahre vermieden werden.

Verantwortlich für die Einführung: Finanzservice

⇒ **Forderungsmanagement/Schulden- und Liquiditätsmanagement**

Die Optimierung des Schulden- und Liquiditätsmanagements ist als Maßnahme im Haushaltssicherungskonzept enthalten. Das Forderungsmanagement ist klar zu strukturieren, effizienter zu gestalten und zu steuern. Ziele sind die kurzfristige Beitreibung der Forderungen und die Konzentration auf erfolgversprechende Beitreibungen.

Verantwortlich: Finanzservice

⇒ **Kosten- und Leistungsrechnung/Interne Leistungsverrechnung**

Mit der Kosten- und Leistungsrechnung sollen die vielfältigen Beziehungen der erbrachten Leistungen mit dem jeweiligen Ressourcenverbrauch systematisch einer ergebnisorientierten Steuerung zugeführt werden. Dabei ist die Entscheidung zum Detaillierungsgrad der Kostenrechnung von wesentlicher Bedeutung. So soll die Ausgestaltung der Kosten- und Leistungsrechnung überprüft und den Bedarfen von Organisationseinheiten als auch fachbereichsübergreifenden Bedarfen ange-

passt werden, sodass die ausgewerteten Ergebnisse optimaler weiterverarbeitet werden können. Die interne Leistungsverrechnung sowie die Leistungsverrechnung mit dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement Neubrandenburg sind konkret auf Basis eines Auftraggeber-/Auftragnehmerverhältnisses sowie einer Abrechnung des tatsächlichen Ressourcenverbrauchs aufgebaut. Ein wesentlicher Schwachpunkt dieser konkreten Verbrauchsabrechnung ist der zu hohe Bearbeitungsaufwand, sodass das Aufwand- und Nutzenverhältnis der Leistungsverrechnung suboptimal ist. Als kurzfristige Maßnahme wird daher die Optimierung der Leistungsverrechnung aufgenommen.

Verantwortlich: Zentrale Steuerung

⇒ **Einbindung der Beteiligungen**

Die Konsolidierung muss auch alle Beteiligungen einbeziehen. Die Gründung kommunaler (Tochter-)Unternehmen zielt auf die Entlastung des kommunalen Haushaltes und auf die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der ausgelagerten Tätigkeitsfelder ab. Sofern bei der Stadt als (Mutter-)Konzern die finanzielle Leistungsfähigkeit nicht mehr gegeben ist, müssen auch die Tochterunternehmen ihrer Verantwortung gerecht werden und sind demnach in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Demzufolge sind im Haushalt eine konsequente Zuschussreduzierung und sichere Zinserträge aus Beteiligungen eine andauernde Zielstellung.

Verantwortlich: Beteiligungsmanagement

⇒ **Optimierung eines Vertragsmanagements**

Das Vertragsmanagement ist weiter zu optimieren. Es dient der Steuerung und Überwachung bestehender wesentlicher Verträge, der Unterstützung und rechtlichen Beratung der Fachbereiche bei der Ausgestaltung von Verträgen und Vertragsänderungen, damit zukünftige finanzielle Negativauswirkungen auf den städtischen Haushalt von vornherein vermieden werden. Durch die Zentrale Steuerung werden im Rahmen der zu erarbeitenden Dienstanweisung „Verwaltungssteuerung“ Grundsätze festgelegt. Die fachspezifische Verantwortung verbleibt in den Fachbereichen.

Verantwortlich: Zentrale Steuerung, Fachbereiche/SIM

⇒ **Konsolidierungscontrolling**

Das beschlossene Haushaltssicherungskonzept hat ein hohes Maß an Verbindlichkeit. Die Maßnahmen sind umzusetzen. Abweichungen vom Konzept sind nur zulässig, wenn sich der Konsolidierungszeitraum nicht verlängert. Beschlüsse, die zu einer Abweichung vom Haushaltssicherungskonzept führen ohne Kompensationsmöglichkeiten festzulegen, sind rechtswidrig (KV M-V § 31 Abs. 2 Satz 3).

Das Konsolidierungscontrolling dient der Steuerung und Überwachung der Haushaltssicherungsmaßnahmen. Gekoppelt an die Berichtspflichten gegenüber dem Innenministerium zum 01.05. und 01.09. erfolgt ebenso die Berichterstattung gegenüber der Verwaltungsführung und der Stadtvertretung. Die Lenkungsgruppe zur Begleitung des beratenden Beauftragten wird als Lenkungsgruppe zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes weitergeführt. Die Berichterstattung erfolgt durch die Fachbereichsleiter, den Betriebsleiter SIM und die Geschäftsführer der kommunalen Unternehmen an die Zentrale Steuerung. Die Zuarbeiten werden durch die Zentrale Steuerung zusammengefasst, mit Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen versehen und der Lenkungsgruppe in einem schriftlichen Bericht vorgelegt. Die Fachbereichsleiter, der Betriebsleiter SIM, die Geschäftsführer der kommunalen Unternehmen nehmen auf Einladung an der Sitzung der Lenkungsgruppe teil.

Bei Abweichungen mit besonderer Bedeutung folgt die Berichterstattung unverzüglich.

Das Konsolidierungscontrolling soll softwareunterstützt weiter qualifiziert und ausgebaut werden.

Verantwortlich: Zentrale Steuerung

5.3 Haushaltssicherungsmaßnahmen für die Jahre 2016 bis 2027

1	Übergreifend	20
1.1	Erwirtschaftung eines jährlichen Überschusses	20
1.2	Einsparung von Personal- und Versorgungsaufwendungen	21
2	Teilhaushalt 1: Bereich Oberbürgermeister.....	22
2.1	Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing	22
2.2	Wegfall Veranstaltungsbetreuung und Bündelung Veranstaltungsmanagement in der VZN	23
3	Teilhaushalt 2: Innere Verwaltung.....	24
3.1	Prüfung der Fremdvergabe von Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit.....	24
3.2	Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie.....	25
3.3	Schließung der Barkasse	26
4	Teilhaushalt 3: Stadtplanung, Wirtschaft und Bauaufsicht.....	27
4.1	Standardreduktion in der Wirtschaftsförderung.....	27
5	Teilhaushalt 4: Sicherheit und Ordnung.....	28
5.1	Prozessoptimierung im Einwohnerservice	28
5.2	Optimierung Feuerwehr	29
5.3	Anpassung Gebührensatzung öffentliche Feuerwehren.....	30
5.4	Privatisierung Wochenmarkt	31
6	Teilhaushalt 6: Wirtschaftliche Unternehmen.....	32
6.1	Reduzierung des Engagements der Stadt Neubrandenburg bei der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT).....	32
6.2	Veräußerung der Anteile an der ekz.bibliotheksservice GmbH.....	33
6.3	Kooperation beim Betrieb oder Beendigung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH.....	34
6.4	Erhöhung Kostendeckung kommerzielle/nichtkommerzielle Veranstaltungen VZN	35

6.5	Reduzierung des Zuschusses an die Touristinfo.....	36
6.6	Kosten-/Erlösoptimierung Eigenbetrieb Immobilienmanagement (SIM).....	37
6.7	Optimierung Flächenbelegung Rathaus – Gewinnung Landkreis als Mieter.....	38
6.8	Erhöhung und steuerliche Optimierung der Gewinnabführung der NEUWOGES aus der Verbesserung der Aufwands-/Ergebnisrelation.....	39
6.9	Portfolioanalyse des drittgenutzten Immobilienbestandes Stadt, NEUWOGES und Teilverkäufe.....	40
6.10	Reduzierung der Sponsoringaufwendungen.....	41
7	Teilhaushalt 7: Allgemeine Finanzwirtschaft.....	42
7.1	Teilnahme an Betriebsprüfungen der Finanzämter mit Schwerpunkt Gewerbesteuer.....	42
7.2	Anhebung der Hundesteuer.....	43
7.3	Optimierung Zins- und Schuldenmanagement.....	44
7.4	Einsparung von Zinsaufwendungen durch Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen.....	45
8	Teilhaushalt 8: Generationen, Bildung und Sport.....	46
8.1	Aufgabenwegfall in der Bildungskoordination.....	46
8.2	Aufgabenkritik Förderung Wohlfahrtspflege über Sozialraumbetrachtung.....	47
8.3	Anpassung der finanziellen Beteiligung an der Schul- und Jugendsozialarbeit.....	48
8.4	Erarbeitung eines Sportentwicklungskonzeptes für die Stadt Neubrandenburg.....	49
8.5	Prüfung der Zuwendungen für den Leistungssport.....	50
9	Teilhaushalt 9: Kultur.....	51
9.1	Standardreduktion im Ausstellungsbetrieb des Regionalmuseums.....	51
9.2	Mittelfristige Erhöhung der Besucherzahlen und Erträge.....	52
9.3	Neubewertung SB prähistorische Musealien im Regionalmuseum.....	53
9.4	Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum.....	54
9.5	Anpassung der Preise für Gruppenführungen im Regionalmuseum.....	55
9.6	Anpassung der Öffnungszeiten im Regionalmuseum.....	56

9.7	Verbesserung des Kostendeckungsgrads durch Ertragssteigerung oder freien Eintritt.....	57
9.8	Anpassung der Öffnungszeiten der Kunstsammlung	58
9.9	Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung.....	59
9.10	Übertragung der Trägerschaft für die Kunstsammlung auf das Land M-V; alternativ Beteiligung des Landes.....	60
9.11	Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife	61
9.12	Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Regionalbibliothek	62
9.13	Aufgabenverzicht „Zentrales Sammlungsportal“	63
9.14	Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN	64

1 Übergreifend

1.1 Erwirtschaftung eines jährlichen Überschusses

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		alle THH	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	0.00, 1.00, 2.00, 3.00, SIM									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		alle Produkte		Fachbereichslei- ter/Betriebsleiter									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-Ü-1	Erwirtschaftung eines jährlichen Überschusses											
Beschreibung der Maßnahme													
Unberücksichtigt der Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen ist zudem ein jährlicher Überschuss im Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von mindestens 1,0 Mio. EUR durch Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit mit der jahresbezogenen Planung herauszuarbeiten und im Haushaltsvollzug zu erwirtschaften.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein											Termin		Verantwortlich/Beteiligte
Plangespräche											jährlich		1.40 Finanzservice, alle Berei- che
Haushaltsvollzug													
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:	...EUR Ggfs. kurze Erläuterung zum Planansatz, Produktkonto:									
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	2.220.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
		EHH											
		FHH											

1.2 Einsparung von Personal- und Versorgungsaufwendungen

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		alle THH	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt																																							
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		alle Produkte		0.10 Barbara Bengelsdorf																																							
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-Ü-2	Einsparung von Personal- und Versorgungsaufwendungen																																									
Beschreibung der Maßnahme																																											
<table><tr><td rowspan="2">Teilhaushalt (THH)</td><td colspan="3">Stelleneinsparung (VZÄ) aus</td></tr><tr><td>kw-Stellen</td><td>einzelne</td><td>übergreifende</td></tr><tr><td></td><td>Stplan 2016</td><td colspan="2">HSK-Maßnahmen</td></tr><tr><td>THH 1 Bereich OB</td><td>2,5</td><td>2,0</td><td>2,0</td></tr><tr><td>THH 2 Innere Verwaltung</td><td>6,7</td><td>1,0</td><td>2,0</td></tr><tr><td>THH 3 Stadtplanung/Wirtschaft/Bauaufsicht</td><td>2,0</td><td>1,0</td><td>1,0</td></tr><tr><td>THH 4 Sicherheit und Ordnung</td><td>6,7</td><td>1,0</td><td></td></tr><tr><td>THH 8 Generation, Bildung und Sport</td><td>1,0</td><td>1,0</td><td></td></tr><tr><td>THH 9 Kultur</td><td>1,5</td><td>5,2</td><td>1,0</td></tr><tr><td>Summe</td><td>20,3</td><td>11,2</td><td>6,0</td></tr></table>			Teilhaushalt (THH)	Stelleneinsparung (VZÄ) aus			kw-Stellen	einzelne	übergreifende		Stplan 2016	HSK-Maßnahmen		THH 1 Bereich OB	2,5	2,0	2,0	THH 2 Innere Verwaltung	6,7	1,0	2,0	THH 3 Stadtplanung/Wirtschaft/Bauaufsicht	2,0	1,0	1,0	THH 4 Sicherheit und Ordnung	6,7	1,0		THH 8 Generation, Bildung und Sport	1,0	1,0		THH 9 Kultur	1,5	5,2	1,0	Summe	20,3	11,2	6,0	Insgesamt sollen im Kernhaushalt 39,5 VZÄ der 390,2 VZÄ abgebaut werden. Das sind 10,1 % des Stellenbestandes 2016. Hierfür wird die natürliche Personalfuktuation genutzt. Neben den 22,3 VZÄ kw-Stellen und den 11,2 VZÄ aus konkreten HSK-Maßnahmen sind weitere 6 VZÄ durch Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation einzusparen. Die Personalaufwendungen der 22,3 (22,7 bis 2031) VZÄ kw-Stellen sind bereits im Haushaltsplan veranschlagt. Darüber hinaus können mit der Umsetzung der kw-Vermerke je Stelle 1.400 EUR (pauschal*) Sachaufwendungen für den Arbeitsplatz eingespart werden. <i>* Die Kosten eines PC-Arbeitsplatzes nach KGSt betragen 9.700 EUR.</i>	
Teilhaushalt (THH)	Stelleneinsparung (VZÄ) aus																																										
	kw-Stellen	einzelne	übergreifende																																								
	Stplan 2016	HSK-Maßnahmen																																									
THH 1 Bereich OB	2,5	2,0	2,0																																								
THH 2 Innere Verwaltung	6,7	1,0	2,0																																								
THH 3 Stadtplanung/Wirtschaft/Bauaufsicht	2,0	1,0	1,0																																								
THH 4 Sicherheit und Ordnung	6,7	1,0																																									
THH 8 Generation, Bildung und Sport	1,0	1,0																																									
THH 9 Kultur	1,5	5,2	1,0																																								
Summe	20,3	11,2	6,0																																								
Siehe im Einzelnen Anlage 2 „Personalkonzept“.																																											
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme																																											
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte																																							
Optimierung Aufbau- und Ablauforganisation (laufender Prozess)			2016 – 2027	1.30 Organisation, Fachbereiche																																							
Haushaltsauswirkungen																																											
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		EUR Personal-(6 VZÄ) und Sachaufwendungen: (6 und 22,3 VZÄ)																																						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026																														
VZÄ	VZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-																																								
390,2	-39,5	EHH + FHH	4.900	29.509	76.941	161.654	310.066	356.940	382.884	395.978	461.446	461.446	462.846																														
		EHH																																									
		FHH																																									

2 Teilhaushalt 1: Bereich Oberbürgermeister

2.1 Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 1	Bereich Oberbürgermeister	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	1.1.1.01	Verwaltungssteuerung (Stadtmarketing/Öffentlichkeitsarbeit)		0.90 Sabine Kunert									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-1-1	Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing											
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung der Personal- und Sachaufwendungen durch Optimierung im Bereich Marketing unter Nutzung von Synergien durch Bündelung von Aufgaben mit der VZN.													
Die Maßnahmen „Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN“, „Wegfall der Veranstalterbetreuung und Bündelung des Veranstaltungsmanagements in der VZN“ und „Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing“ stehen im Zusammenhang mit übergreifenden Optimierungsüberlegungen. Zur Reorganisation von „Kultur und Marketing“ in der Verwaltung und der VZN wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung 0.10 Zentrale Steuerung gebildet.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Neugestaltung der Inhalte im Stadtmarketing			12/2016	0.10 Zentrale Steuerung, 0.90 Stadtmarketing, VZN									
Umsetzungskonzept			03/2017										
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 88.150 EUR		Produkt: 5.1.1.01 Personal- und 1.400 EUR (pauschal) Sachaufwendungen:								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
13,1	-1,0	EHH + FHH	0	80.800	88.150	88.150	88.150	88.150	88.150	88.150	88.150	88.150	88.150
		EHH											
		FHH											

2.2 Wegfall Veranstaltungsbetreuung und Bündelung Veranstaltungsmanagement in der VZN

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 1	Bereich Oberbürgermeister	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.1.1.01	Stadtmarketing		0.90 Sabine Kunert									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-1-2	Wegfall Veranstaltungsbetreuung und Bündelung Veranstaltungsmanagement in der VZN											
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung der Personal- und Sachaufwendungen durch Optimierung von Veranstaltungsbetreuung und -management unter Nutzung von Synergien durch Bündelung von Aufgaben mit der VZN. 10 % Synergien von 0,8 VZÄ Veranstaltungsmanagement 0,5 VZÄ Veranstaltungsbetreuung Die Maßnahmen „Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN“, „Wegfall der Veranstalterbetreuung und Bündelung des Veranstaltungsmanagements in der VZN“ und „Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing“ stehen im Zusammenhang mit übergreifenden Optimierungsüberlegungen. Zur Reorganisation von „Kultur und Marketing“ in der Verwaltung und der VZN wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung 0.10 Zentrale Steuerung gebildet.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Wirtschaftlichkeitsbetrachtung unter Einbeziehung steuerlicher Aspekte und Betrachtung der Rechtsform			03/2017	0.10 Zentrale Steuerung, VZN									
Beschluss zur Umsetzung			06/2017	Stadtvertretung									
ggf. Änderung des Gesellschaftsvertrages der VZN			12/2017	0.10 Zentrale Steuerung									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 64.050 EUR		Produkt 5.1.1.01 Personal- und 1.400 EUR (pauschal) Sachaufwendungen								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
13,1	-1	EHH + FHH	0	0	64.050	64.050	64.050	64.050	64.050	64.050	64.050	64.050	64.050
		EHH											
		FHH											

3 Teilhaushalt 2: Innere Verwaltung

3.1 Prüfung der Fremdvergabe von Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 2	Innere Verwaltung	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	1.00 Birgit Schad									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	1.1.2.01	Personaldienste		1.20 Thomas Murawski									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-2-1	Prüfung der Fremdvergabe von Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit											
Beschreibung der Maßnahme													
Die Möglichkeit der Fremdvergabe von Aufgaben der Arbeitssicherheit ist zu prüfen und sofern wirtschaftlich umzusetzen.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
1. Prüfung der Zulässigkeit der Fremdvergabe von Aufgaben der Arbeitssicherheit			30.06.2017	1.30 Organisation									
2. Wirtschaftlichkeitsvergleich			30.09.2017	1.30 Organisation									
3. Vorbereitung der Entscheidung über Umsetzung in Abhängigkeit von Nr. 2			31.10.2017	1.30 Organisation									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		_ EUR		Ggfs. kurze Erläuterung zum Planansatz, Produktkonto:						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		EHH											
		FHH											

3.2 Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 2	Innere Verwaltung	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	1.00 Birgit Schad									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	1.1.4.01	Informationstechnologie		1.10 Frank Papendorf									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-2-2	Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie											
Beschreibung der Maßnahme													
Aufgrund der aktuellen und zukünftigen Aufgaben in der Informations- und Kommunikationstechnologie ergibt sich die Notwendigkeit zur Kooperation. Es ist eine leistungsfähige, gemeinsame IT- und Telekommunikationsstruktur zu schaffen, um 1. die IT-Services technisch und wirtschaftlich zu optimieren, 2. für ständig wachsende Aufgaben – u. a. durch EGovernment gerüstet zu sein, 3. den Bürgern umfangreicheren Service zur Verfügung zu stellen, 4. interne Prozesse zu optimieren, 5. Einsparungen bei der kontinuierlichen Aktualisierung von Hard- und Software zu generieren und 6. die wachsenden Aufgaben möglichst mit unveränderten finanziellen Mittel zu bewältigen. Hierbei sind die Möglichkeiten und Chancen der Form der interkommunalen IT-Kooperation unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu bewerten. Haushaltswirksame Einsparpotenziale lassen sich aufgrund der steigenden Anforderungen an die IT nicht beziffern (siehe Ziel 6).													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Entscheidung zur Form der IT-Kooperation			30.10.2016	OB (im Rahmen RKS)									
ggf. Beschluss in der Stadtvertretung			30.06.2017	1.10 IT, 1.30 Organisation									
weitere Termine erst im Rahmen der Entscheidung und hier im Kooperationsteam genauer zu benennen													
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: -1.112.400 EUR Ggfs. kurze Erläuterung zum Planansatz, Produktkonto:										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandsenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		EHH											
		FHH											

3.3 Schließung der Barkasse

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 2	Innere Verwaltung	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	1.0 Birgit Schad									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	1.1.6.01	Finanzen		1.40 Katja Piotrowski									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-2-3	Schließung der Barkasse											
Beschreibung der Maßnahme													
Nach Vorlage des Ergebnisberichtes zum HSK-Prüfauftrag – Schließung der Barkasse – sind Einsparpotenziale in der Barkasse zu erschließen. Mit der Beschaffung eines zweiten Kassensautomaten entfällt eine der Aufgaben der Barkasse, die Abwicklung der Einzahlung bei Ausfall des Kassensautomaten. Durch die Beschaffung des 2. Kassensautomaten soll eine Verfügbarkeit von bis zu 100 % erreicht werden. Die bezifferten Einsparungen umfassen Personal- und Sachkosten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Umsetzung erster Einsparmaßnahmen in der Barkasse			01.01.2017	1.40 Finanzservice									
Prüfung und Anpassung der DA über die Einrichtung, Verwaltung, Führung von Zahlstellen, Einzahlungskassen und Handvorschüssen in der Stadt Neubrandenburg			30.09.2017	1.40 Finanzservice									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		...EUR		1.1.6.01 Personal- und Sachkosten						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
VZÄ	VZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
34	-1	EHH + FHH	0	11.300	11.300	11.300	11.300	11.300	39.315	47.180	47.180	47.180	47.180
		EHH											
		FHH											

4 Teilhaushalt 3: Stadtplanung, Wirtschaft und Bauaufsicht

4.1 Standardreduktion in der Wirtschaftsförderung

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 3	Stadtplanung, Wirtschaft und Bauaufsicht							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		2.0 Frank Renner	
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		5.7.1.01	Wirtschaftsförderung									2.40 Monique Kerschefski	
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-3-1	Standardreduktion in der Wirtschaftsförderung										
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung der Personal- und Sachaufwendungen von einer Stelle durch Standardabsenkung im Bereich Wirtschaftsförderung.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Die Stelle 02.40.20.001 SGL Wirtschaft und Arbeit erhält im Stellenplan 2017 einen kw-Vermerk 11/18												1.30 Organisation	
Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung												2.40 Wirtschaft, Stadtentwick- lung und Wohnen	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		75.400 EUR		Produkt: 5.7.1.01 74.000 EUR Personal- und 1.400 EUR (pauschal) Sachaufwendungen						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vzÄ	vzÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
4,3	-1	EHH + FHH	0	0	12.460	75.400	75.420	75.420	75.420	75.420	75.420	75.420	75.420
		EHH											
		FHH											

5 Teilhaushalt 4: Sicherheit und Ordnung

5.1 Prozessoptimierung im Einwohnerservice

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 4	Ordnung und Sicherheit	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	3.0 Peter Modemann									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	1.2.1.02	Wahlen		3.20 Lutz Burmeister									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-4-1	Prozessoptimierung im Einwohnerservice											
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung von Personal- und Versorgungsaufwendungen durch Einsparung einer Stelle im Ergebnis der Prozessoptimierung in der Abteilung Einwohnerservice, einschließlich der Aufgabe Wahlen.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Organisationsuntersuchung			Mitte 2016	1.30 Organisation, 3.20 Ein- wohnerservice									
Umsetzung der Ergebnisse			Ende 2016										
Streichung der Stelle 03.00.00.003 Koordinator/in Wahlen (EG 12)			01.01.2017	1.30 Organisation									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 84.300 EUR		Produkt 1.2.1.02 Personal- und 1.400 EUR (pauschal) Sachaufwendungen								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
3,6	-1	EHH + FHH	7.030	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300	84.300
		EHH											
		FHH											

5.2 Optimierung Feuerwehr

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 4	Ordnung und Sicherheit							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		3.0 Peter Modemann		
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		1.2.6.01	Brandschutz									3.30 Frank Bühring		
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-4-2	Optimierung Feuerwehr											
Beschreibung der Maßnahme														
Mit der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes sind die Kostenstrukturen im Bereich des Brandschutzes zu analysieren. Es wird eine Kostenoptimierung von 200.000 EUR erwartet.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Fortschreibung Feuerwehrbedarfsplan										12/16		3.30 Brandschutz und Rettungs- dienst		
Beschluss Feuerwehrbedarfsplan										02/17		Stadtvertretung		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:			_ EUR	Produkt: 1.2.6.01							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	0	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000	
		EHH												
		FHH												

5.3 Anpassung Gebührensatzung öffentliche Feuerwehren

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 4	Ordnung und Sicherheit							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	3.0 Peter Modemann		
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		1.2.6.01	Brandschutz								3.30 Frank Bühring		
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-4-3	Anpassung Gebührensatzung öffentliche Feuerwehren										
Beschreibung der Maßnahme													
Anpassung der Gebührensatzung für die öffentlichen Feuerwehren der Stadt Neubrandenburg vom 28.06.2000													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin	Verantwortlich/Beteiligte		
Erarbeitung der Änderungssatzung										in Bearbeitung	3.30 Brandschutz und Ret- tungsdienst		
Beschluss Gebührensatzung										08.12.2016	Stadtvertretung		
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		_EUR		Produkt: 1.2.6.01						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000
		EHH											
		FHH											

5.4 Privatisierung Wochenmarkt

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 4	Ordnung und Sicherheit	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	3.0 Peter Modemann									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.7.3.01	Wochenmarkt		3.10 Jörg Schmiedel									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-4-4	Privatisierung Wochenmarkt											
Beschreibung der Maßnahme													
Prüfauftrag: Der Betrieb des Wochenmarktes ist hinsichtlich einer privatwirtschaftlichen Organisationsform zu untersuchen.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Vorlage des Prüfergebnisses			03/2017	0.10 Zentrale Steuerung, 3.10. Ordnung/Verkehr/Gewerbe, VZN									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: _EUR		Produkt: 5.7.3.01								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
VZÄ	VZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in TEUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
		EHH											
		FHH											

6 Teilhaushalt 6: Wirtschaftliche Unternehmen

6.1 Reduzierung des Engagements der Stadt Neubrandenburg bei der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT)

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt										
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.4.7.02	Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen		0.10 Ingo Bachmann										
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-1	Reduzierung des Engagements der Stadt Neubrandenburg bei der Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT)												
Beschreibung der Maßnahme														
Die Stadt ist mit einem Anteil von 56,3 % Gesellschafterin der FNT und trägt entsprechend finanzielle Lasten als freiwillige Infrastrukturleistung.														
Es besteht ein gemeinsames Standortmarketingprojekt zur zivilen Nachnutzung der Bw-Liegenschaften durch Unternehmensansiedlungen im Bereich Luft-/ Raumfahrt/Automotive/Logistik (bis 2017). Die Vermarktungschancen basieren auf dem Flughafen und einer unmittelbaren Anbindung der von Konversion betroffenen Flächen des Militärflughafens und der anliegenden Kaserne (wesentliches Alleinstellungsmerkmal; Ziel: Erhalt der Betriebserlaubnis). Neubrandenburg hat durch den Wegfall von 1.500 Dienstposten in der Stadt im Zuge der Bw-Reform ein erhebliches Kompensationserfordernis zur Ansiedlung hochwertiger neuer Arbeitsplätze. Der zivile Flughafen induziert bereits heute Folgeeffekte in den öffentlichen Haushalten, welche der Höhe der Ausgleichszahlungen entsprechen. Andererseits soll der laufende Betriebszuschuss der Stadt deutlich absinken bzw. künftig möglichst entfallen. Der Landkreis ist aufgrund seiner Haushaltslage nicht zur Lastenübernahme fähig. Ziel ist es, dass sich Investoren an der finanziellen Last beteiligen.														
Eine grundsätzliche Entscheidung ist nach den Ergebnissen des Standortmarketingprojekts herbeizuführen.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Entscheidung über die weitere Finanzierung des Flughafens										12/2017		Stadtvertretung		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		204.200 EUR		5.4.7.02.541100							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	0	204.200	204.200	204.200	204.200	204.200	204.200	204.200	204.200	204.200	
		EHH												
		FHH												

6.2 Veräußerung der Anteile an der ekz.bibliotheksservice GmbH

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt										
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.7.3.02	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen		0.10 Ingo Bachmann										
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-2	Veräußerung der Anteile an der ekz.bibliotheksservice GmbH												
Beschreibung der Maßnahme														
Die Stadt ist mit einem Anteil von 1,2 % an der ekz.bibliotheksservice GmbH (ekz) beteiligt. Der Anteil soll veräußert werden. Damit verbunden ist der jährliche Verlust künftiger Ausschüttungen in Höhe von 9.800 EUR.														
Es wird von einem Gesamterlös von 292.000 EUR ausgegangen. Aufgrund des langwierigen Kaufverfahrens und der Kündigungsfristen werden die Erlöse für die Jahre 2020 – 2024 in Höhe von jeweils 58.400 EUR geplant.														
Die Umsetzung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung nach § 12 Nr. 5 GemHVO-Doppik (neu) durch die Rechtsaufsichtsbehörde.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Entscheidung über die Aufgabe der Beteiligung										12/2016		Stadtvertretung, 0.10/BM		
Anteilsbewertung und Umsetzung										2017		0.10/BM		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		9.800 TEUR		5.7.3.02.474100 Gewinnausschüttung							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH				-9.800	-9.800	-9.800	-9.800	-9.800	-9.800	-9.800	-9.800	
		EHH												
		FHH	0	0	0	0	58.400	58.400	58.400	58.400	58.400	0	0	

6.3 Kooperation beim Betrieb oder Beendigung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.7.3.03	Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-3	Kooperation beim Betrieb oder Beendigung der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH											
Beschreibung der Maßnahme													
Kooperation beim Betrieb der Sozial- und Jugendzentrum Hinterste Mühle gGmbH oder Beendigung der Gesellschaft und Verwertung des Vermögens													
Aufgrund des Auslaufens der Betrauung zum 31.12.2016 wird ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, ausgerichtet auf die Suche von Kooperationspartnern für Tätigkeitsfelder am Standort Hinterste Mühle. In Abhängigkeit von möglichen Angeboten und Trägern ist im Ergebnis zu entscheiden über eine Kooperation oder eine Beteiligung der Träger mit/an der Gesellschaft, den Umfang künftiger Maßnahmen der offenen Kinder-/Jugendarbeit, die Änderung des Unternehmenskonzepts der SJZ oder die Liquidation der Gesellschaft mit Verwertung von Vermögen und Standort.													
Ein vollständiger Entfall des Zuschussbedarfs ist nicht anzunehmen, da offene Kinder-/Jugendarbeit am Standort fortgeführt werden soll.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Initiierung der Kooperationspartner-/Betreibersuche (Interessenbekundungsverfahren)			10/2016	0.10 Zentrale Steuerung/BM									
Entscheidung über künftiges Betreiberkonzept und Zuschuss für Jugendförderungsmaßnahmen SJZ			12/2016	Stadtvertretung									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 200.000 EUR 5.7.3.03.541100										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	50.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
		EHH											
		FHH											

6.4 Erhöhung Kostendeckung kommerzielle/nichtkommerzielle Veranstaltungen VZN

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.7.3.04	VZN		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-4	Erhöhung Kostendeckung kommerzielle/nicht kommerzielle Veranstaltungen VZN											
Beschreibung der Maßnahme													
Schrittweise Erhöhung der Kostendeckung bei der Vermietung für kommerzielle und nicht kommerzielle Veranstaltungen. Für kommerzielle Veranstaltungen sollte mittelfristig eine kostendeckende Vermietung, für die nicht kommerziellen Veranstaltungen eine 80%ige Kostendeckung angestrebt werden. Beendigung der Verluststützung Latücht. Diese Maßnahme sowie die Maßnahmen „Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN“, „Wegfall der Veranstalterbetreuung und Bündelung des Veranstaltungsmanagements in der VZN“ und „Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing“ stehen im Zusammenhang mit übergreifenden Optimierungsoberlegungen. Zur Reorganisation von „Kultur und Marketing“ in der Verwaltung und der VZN wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung 0.10 Zentrale Steuerung gebildet.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Schrittweise Erhöhung der Nutzungsentgelte				VZN									
Umsetzung Überführung Latücht:													
- Durchführung Interessenbekundungsverfahren			III+IV/2016	SIM									
- Entscheidung			12/2016	SIM, 0.10 Zentrale Steuerung/BM, VZN									
- Überführung			01/2017										
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 1.829.200 EUR 5.7.3.04. 541100										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	23.018	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216	86.216
		EHH											
		FHH											

6.5 Reduzierung des Zuschusses an die Touristinfo

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	5.7.3.04	VZN		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-5	Reduzierung des Zuschusses an die Touristinfo											
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung des Zuschusses an die Touristinfo durch Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung (Personaleinsatz, Sachkosten) und Prüfung der Option Bündelung von Aufga- ben einer Touristinfo für Stadt und Landkreis (Landkreis wird derzeit mit seinen touristischen Angeboten nicht gesondert in Neubrandenburg präsentiert)													
Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Konzept zur Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Touristinfo										Ende 2016		VZN	
Umsetzung										ab 2017		VZN	
Prüfung einer Bündelung mit Touristinfo Landkreis										bis 06/2017		VZN, 0.90 Kommunikation	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		1.82920 EUR		5.7.3.04.541100						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	25.000	50.000	75.000	91.900	91.900	91.900	91.900	91.900	91.900	91.900
		EHH											
		FHH											

6.6 Kosten-/Erläsoptimierung Eigenbetrieb Immobilienmanagement (SIM)

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	6.2.3.01	SIM		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-6	Kosten-/Erlösoptimierung Eigenbetrieb Immobilienmanagement (SIM)											
Beschreibung der Maßnahme													
Bei der Bewirtschaftung der Hochbauten und im Bereich Straßen/Grün sind weitere Maßnahmen zur Kostensenkung und/oder Erlössteigerung (gegenüber Dritten) zu identifizieren und umzusetzen. Das kann sowohl Sach- und Personalaufwendungen (organisatorische Maßnahmen, Standardabsenkungen bei der Bewirtschaftung, Reduzierung des bewirtschafteten Bestands durch die Nutzer, Hebung von Synergien etc.) als auch Umsatzerlöse und sonstige Erträge betreffen. Das durch das Gutachten der PwC formulierte Senkungsziel (343.000 Euro jährlich ab 2020) wird beibehalten. Allerdings haben die PwC-Untersuchungen noch keine konkreten, umsetzbaren Potenziale aufgezeigt. Die erforderlichen, konkreten Einzelmaßnahmen sind somit gemeinsam mit der PwC als beratenden Beauftragten noch zu ermitteln und festzusetzen.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Erarbeitung Optimierungskonzept unter Unterstützung des beratenden Beauftragten			März 2017	SIM, 1.30 Organisation									
Umsetzung			2017 ff	SIM									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 5.125.000 EUR 6.2.3.01.541100 Zuschuss SIM zzgl. Mieten div. Produkte										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	85.750	171.500	257.250	343.000	343.000	343.000	343.000	343.000	343.000	343.000
		EHH											
		FHH											

6.7 Optimierung Flächenbelegung Rathaus – Gewinnung Landkreis als Mieter

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		6.2.3.01	SIM								0.10 Ingo Bachmann			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-6-7	Optimierung Flächenbelegung Rathaus – Gewinnung Landkreis als Mieter											
Beschreibung der Maßnahme														
Gewinnung von Mietern zur Optimierung der Flächenbelegung nach Sanierung des Rathauses.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Belegungskonzept (Raumkonzept) Rathaus nach Sanierung										Ende 2016		SIM		
Akquise und vertragliche Verhandlung										Juni 2017		SIM		
Umsetzung nach Sanierung des Rathauses										2020		SIM		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		0 EUR		Ggfs. kurze Erläuterung zum Planansatz, Produktkonto:							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vzÄ	vzÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung - Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	277.992	277.992	277.992	277.992	277.992	277.992	277.992	
		EHH												
		FHH												

6.8 Erhöhung und steuerliche Optimierung der Gewinnabführung der NEUWOGES aus der Verbesserung der Aufwands-/Ergebnisrelation

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	6.2.6.01	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-8	Erhöhung und steuerliche Optimierung der Gewinnabführung der NEUWOGES aus der Verbesserung der Aufwands-/Ergebnisrelation											
Beschreibung der Maßnahme													
Es sind geeignete Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aufstellung eines aktualisierten Unternehmenskonzeptes zu prüfen und zu beschließen. Hierunter fällt auch eine Reduzierung der sog. Betreuungsleistungen (siehe PwC-Bericht, Nr. 35 Reduzierung der Sponsoringaufwendungen). Es erfolgt eine vertiefte steuerliche Prüfung, inwiefern in den nächsten Jahren eine höhere Nettoausschüttung aus den vorgesehenen Ausschüttungen zu erzielen ist.													
Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
steuerliche Prüfung			12/2016	NEUWOGES, 0.10/BM									
Maßnahmen der Kostenoptimierung im Rahmen Aktualisierung des Unternehmenskonzeptes			06/2017	NEUWOGES, 0.10/BM									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 1.577.700EUR 6.2.6.01.473102										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	422.300	422.300	547.300	547.300	547.300	547.300	547.300	547.300	547.300	547.300	547.300
		EHH											
		FHH											

6.9 Portfolioanalyse des drittgenutzten Immobilienbestandes Stadt, NEUWOGES und Teilverkäufe

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	6.2.6.01	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-9	Portfolioanalyse des drittgenutzten Immobilienbestandes Stadt und NEUWOGES und Teilverkäufe											
Beschreibung der Maßnahme													
Im Ergebnis einer Portfoliountersuchung sollen Entscheidungen über den Verkauf drittgenutzter Immobilien herbeigeführt und umgesetzt werden. Der Verkauf erfolgt langfristig (2018/2019), in mehreren strukturierten Paketen. Im Vorfeld ist eine steuerlich und handelsrechtliche Prüfung zur angestrebten Kapitalauskehrung vorzusehen (Umsetzbarkeit und Folgewirkungen abwägen). Die Erweiterung/Umsetzung der Maßnahme ebenso für den Immobilienbestand der Stadt (Eigenbetrieb Städtisches Immobilienmanagement) schränkt das Aufkommen an Eigenmitteln für die künftige Durchführung eigener Investitionen gravierend ein. Daher wird vorerst, vorab zu den Ergebnissen einer Portfolioanalyse, die finanzielle Zielstellung nicht angehoben, trotz der gegenüber den Empfehlungen der PwC vorgenommenen Erweiterung der Maßnahme auf den gesamtstädtischen Immobilienbestand. Entsprechend dem Rückgang der Umsatzerlöse der NEUWOGES werden parallel erhebliche Anpassungen in den Aufwandspositionen erforderlich, da andernfalls das lfd. Gewinnausschüttungspotenzial geschmälert wird. Bei einer Veräußerung von bspw. 1.000 Wohnungen würden 8 % des Wohnungsbestands der NEUWOGES betroffen sein; sofern eine parallele Aufwandssenkung umgesetzt wird, schmälert dies das Gewinnausschüttungspotenzial dennoch um rd. 170 TEUR (siehe Maßnahme 6.7), bei einer geringeren oder zeitversetzten Reduzierung – ggf. auch um einen höheren Betrag. Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Portfolioanalysen SIM und NEUWOGES			12/2016	SIM, NEUWOGES									
Abstimmung und Bewertung der Verwertungsaussichten			06/2017	SIM, NEUWOGES									
Prüfung steuerlicher und handelsrechtlicher Verhältnisse			06/2017	NEUWOGES, 0.10/BM									
Grundsatzbeschluss der Stadtvertretung für Umsetzung 2018/2019			2. HJ 2017	Stadtvertretung, SIM, NEUWOGES, 0.10/BM									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		0 EUR		Produkt 6.2.6.01 und 6.2.3.01						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH											
		EHH											
		FHH				6.758.344							

6.10 Reduzierung der Sponsoringaufwendungen

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 6	Wirtschaftliche Unternehmen	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	6.2.6.01	Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere		0.10 Ingo Bachmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-6-10	Reduzierung der Sponsoringaufwendungen											
Beschreibung der Maßnahme													
Erstellung eines einheitlichen Sponsoringkonzepts, abgestimmt mit freiwilligen Leistungen aus dem städtischen Haushalt; Reduzierung der Gesamtaufwendungen zur Erzielung eines zusätzlichen Konsolidierungsbeitrages (höhere Gewinnabführungen bzw. HH-Entlastung)													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Erstellen eines Sponsoringkonzepts inkl. freiwilliger städtischer Leistungen unter Federführung/Koordination der Stadt			06/2017	Neu.sw, NEUWOGES, Sparkas- se, 0.70 Generationen, Bildung, Sport, 2.50 Kultur									
Beschluss der Stadtvertretung über Grundsätze			09/2017	Stadtvertretung 0.70 Generati- onen, Bildung, Sport, 0.10/BM, 2.50 Kultur									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		EUR höhere Gewinnabführungen bzw. HH-Entlastung bei freiwilligen Leistungen								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
		EHH											
		FHH											

7 Teilhaushalt 7: Allgemeine Finanzwirtschaft

7.1 Teilnahme an Betriebsprüfungen der Finanzämter mit Schwerpunkt Gewerbesteuer

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 7	Allgemeine Finanzwirtschaft	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	1.00 Birgit Schad									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	6.1.1.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen		1.40 Katja Piotrowski									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-7-1	Teilnahme an Betriebsprüfungen der Finanzämter mit Schwerpunkt Gewerbesteuer											
Beschreibung der Maßnahme													
Gemäß § 21 Gesetz über die Finanzverwaltung haben Gemeinden das Recht, durch eigene Bedienstete an Außenprüfungen bei Steuerpflichtigen teilzunehmen, wenn diese in der Gemeinde eine Betriebsstätte unterhalten. Diese Aufgabe wird für die extern nachzubesetzende Stelle „SB Finanzen“ mit einem Zeitanteil von 15 % aufgenommen. Durch die Wahrnehmung des gemeindlichen Teilnahme- und Auskunftsrechtes an Betriebsprüfungen soll das Gewerbesteueraufkommen stabilisiert und gefördert werden. Hierdurch zu erzielende Gewerbesteuermehrerträge sind schwer einschätzbar. Kommunen, die hiervon bereits Gebrauch machen, bestätigen, dass sich der Einsatz von Steuerexperten lohnt, gleichwohl lassen sich die „Mehrerträge“ oft nicht verlässlich feststellen.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
1. Einarbeitung der/s neu einzustellenden Beschäftigten SB Finanzen			30.04.2017	1.40 Finanzservice									
2. Organisatorische Abstimmung über das Teilnahmerecht an Betriebsprüfungen mit den Finanzbehörden			30.06.2017	1.40 Finanzservice									
3. Wahrnehmung des Teilnahmerechtes an Betriebsprüfungen in Abhängigkeit von Nr. 2				1.40 Finanzservice									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 25.000.000 EUR 6.1.2.01.401300										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		EHH											
		FHH											

7.2 Anhebung der Hundesteuer

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 7	Allgemeine Finanzwirtschaft							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		1.00 Birgit Schad	
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		6.1.1.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen									1.40 Katja Piotrowski	
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-7-2	Anhebung der Hundesteuer										
Beschreibung der Maßnahme													
Unter Berücksichtigung des interkommunalen Vergleiches mit den kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten ist die zuletzt ab 01.01.2015 in Kraft getretene Hundesteu- ersatzung zu überarbeiten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Aktualisierung des interkommunalen Vergleiches										30.04.2017		1.40 Finanzservice	
Beschlussfassung über die Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Neubrandenburg										30.09.2017		1.40 Finanzservice	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		296.000 EUR		Produkt: 6.1.1.01.403200						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung Nettoeffekt in TEUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
		EHH											
		FHH											

7.3 Optimierung Zins- und Schuldenmanagement

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 7	Allgemeine Finanzwirtschaft							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		1.0 Birgit Schad		
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		6.1.2.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft									1.40 Katja Piotrowski		
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		HSK 2016-7-3	Optimierung Zins- und Schuldenmanagement											
Beschreibung der Maßnahme														
Diese Aufgabe wird für die extern nachzubesetzende Stelle „SB Finanzen“ mit einem Zeitanteil von 25 % aufgenommen. Durch die strukturierte und kontinuierliche Optimierung des gesamten Schuldenportfolios in einer Hand sollen Zinszahlungen gesenkt werden. Insbesondere sollen steigende finanzielle Belastungen bei einem Anstieg der Kapitalmarktzinsen durch geeignete Maßnahmen verhindert bzw. möglichst gering gehalten werden.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein									Termin		Verantwortlich/Beteiligte			
1. Überprüfung von Zinsoptimierung bestehender Kredite									30.06.2017		1.40 Finanzservice			
2. Tilgung von endfälligen Investitionskrediten									31.05.2018		1.40 Finanzservice			
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		219.500/675.000 EUR		Produkt: 6.1.2.01.575110/6.1.2.01.575120							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	0	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	
		EHH												
		FHH												

7.4 Einsparung von Zinsaufwendungen durch Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 7	Allgemeine Finanzwirtschaft							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		1.00 Birgit Schad		
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		6.1.2.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft									1.40 Katja Piotrowski		
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-7-4	Einsparung von Zinsaufwendungen durch Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen											
Beschreibung der Maßnahme														
Durch Umsetzung der Haushaltssicherungsmaßnahmen reduziert sich die Inanspruchnahme der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		894.500 EUR		6.1.2.01.575110 und 575120							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	2.900	3.200	4.900	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600	
		EHH												
		FHH												

8 Teilhaushalt 8: Generationen, Bildung und Sport

8.1 Aufgabenwegfall in der Bildungskoordination

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 8	Generation, Bildung und Sport	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	2.7.3.01	Generation und Bildung		0.70 Christine Lorenz									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-8-1	Aufgabenwegfall in der Bildungskoordination											
Beschreibung der Maßnahme													
Die Bereiche Schule und Generationen, Bildung und Sport werden 2016/2017 aufgabenkritisch betrachtet und entsprechend neu ausgerichtet. Die Aufgabe Bildungskoordination entfällt spätestens zum Dezember 2017.													
Die Maßnahme umfasst: - Senkung der sonstigen Aufwendungen im Bereich Bildungskoordination um 29.440 EUR, - Senkung der Personalaufwendungen und Streichung der Stelle 00.70.00.001 ABL Generation, Bildung und Sport. Die Stelle erhält im Stellenplan 2017 einen kw-Vermerk 12/17.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Beschluss zum Aufgabenwegfall			20.10.2016	Stadtvertretung (mit HSK)									
Neuorganisation der Projekte und Aufgabenumverteilung			Ende 2017	0.70 Generation, Bildung, Sport									
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 110.550 EUR		Produkt: 2.7.3.01 81.110 EUR Personalkosten und 29.440 EUR sonstige Aufwendungen								
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vzÄ	vzÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
3,2	1,0	EHH + FHH	0	0	110.550	110.550	110.550	110.550	110.550	110.550	110.550	110.550	110.550
		EHH											
		FHH											

8.2 Aufgabenkritik Förderung Wohlfahrtspflege über Sozialraumbetrachtung

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 8	Generation, Bildung und Sport	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	3.3.1.01	Förderungen		0.70 Christine Lorenz									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-8-2	Aufgabenkritik bei der Förderung der Wohlfahrtspflege über eine Sozialraumbetrachtung											
Beschreibung der Maßnahme													
Der Umfang der Förderung in der freien Wohlfahrtspflege sollte um mindestens 50 % reduziert werden. Dazu ist eine Sozialplanung der Stadt zu erarbeiten, die insbesondere nachfolgende Fragen aufgreift:													
• Welches sind die Erfordernisse in den jeweiligen Stadtteilen? • Welche Angebote werden durch die Stadt vorgehalten (Dabei sind auch sportliche und kulturelle Angebote, die Projekte der Stadt im Bildungsbereich und das zu erarbeitende Sponsoringkonzept mit einzubeziehen.)? • Welche Angebote werden vom LK MSE vorgehalten (Sozialplanung) und werden vom Kreis auch gefördert?													
Die Stelle 00.70.00.005 SB Förderungen Soziales, BIWAQ ist bereits im Stellenplan 2016 mit kw 12/18 ausgewiesen. Das Einsparpotenzial ist im Haushalt (Mittelfristplanung) veranschlagt und kann hier nicht mehr berücksichtigt werden.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Erarbeitung einer Sozialplanung für die Stadt										Ende 2017		0.70, Stadtvertretung	
Abstimmung der Angebote mit denen des Landkreises										Ende 2017		0.70, LK MSE	
Aufgabenkritische Betrachtung und Reduktion der Förderung										Ende 2017		0.70, Stadtvertretung	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		127.800 EUR		3.3.1.01.555108: Förderungen						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
0,5	-0,2	EHH + FHH	0	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
		EHH											
		FHH											

8.3 Anpassung der finanziellen Beteiligung an der Schul- und Jugendsozialarbeit

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 8	Generation, Bildung und Sport	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	3.6.3.01	Schul-/Jugendsozialarbeit		0.70 Christine Lorenz									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-8-3	Anpassung der finanziellen Beteiligung an der Schul- und Jugendsozialarbeit											
Beschreibung der Maßnahme													
Die Maßnahme umfasst:													
a) 34.500 EUR Reduzierung der Aufwendungen durch													
- Einstellung der freiwilligen Förderung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen und Rückführung der pflichtigen Aufgabe in die Zuständigkeit des Landkreises,													
- Veränderung in der Anteilsberechnung (derzeit 50 % ESF, 10 % Landkreis, 40 % Stadt Neubrandenburg) und													
b) 13.440 EUR Reduzierung der Personalaufwendungen (0,3 VZÄ) durch Übertragung der Aufgabe „Antragsbearbeitung Schulsozialarbeit“ an den Landkreis.													
Die Stelle 00.70.00.005 SB Förderungen Soziales, BIWAQ ist bereits im Stellenplan 2016 mit kw 12/18 ausgewiesen. Das Einsparpotenzial ist im Haushalt (Mittelfristplanung) veranschlagt und kann hier nicht mehr berücksichtigt werden.													
Eine nachhaltige Lösung zur Schulsozialarbeit, auch unter Berücksichtigung der Flüchtlingssituation, kann nur gemeinsam mit dem Land, den Landkreisen und Kommunen geschaffen werden, wenn die Finanzierung auf solide und verlässliche Basis gestellt wird. Insofern wird die im HSK MSE 2015 – 2020 formulierte Forderung des Landkreises MSE an die Landesgesetzgebung „...Änderung des Schulgesetzes M-V- Schulsozialarbeit als verbindlicher Bestandteil „von Schule“ in Verantwortung des Landes M-V...“ unterstützt.													
Die Umsetzung der Maßnahme ist abhängig von den Ergebnissen der Gespräche mit dem Landkreis MSE und des Landes. Sie bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Entscheidung zur Einstellung der freiwilligen Finanzierung der Schulsozialarbeit an den Grundschulen und damit Rückführung der pflichtigen Aufgabe in die Zuständigkeit des LK MSE als Träger der Jugendhilfe			20.10.2016	Stadtvertretung (mit HSK)									
gemeinsame Strategie LKS MSE und Stadt zur dauerhaften Finanzierung der Schulsozialarbeit			2017/18	0.70, LK MSE, Land M-V									
Neuverhandlung der Richtlinie „Gewährung von Personal- und Sachkostenzuschüssen für Fachkräfte der Schul- und Jugendsozialarbeit im LK MSE“ mit dem Landkreis			12/2018	0.70 Generation, Bildung, Sport									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 34.500 EUR 34.500 Schulsozialarbeit Grundschule OST (1 zus. Stelle auf Grund Flüchtlinge)										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
VZÄ	VZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
0,5	-0,3	EHH + FHH	0	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500	34.500
		EHH											
		FHH											

8.4 Erarbeitung eines Sportentwicklungskonzeptes für die Stadt Neubrandenburg

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 8	Generation, Bildung und Sport	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	4.2.1.01	Förderung allg. Sport		0.70 Christine Lorenz									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-8-4	Erarbeitung eines Sportentwicklungskonzeptes für die Stadt Neubrandenburg											
Beschreibung der Maßnahme													
Mit der Erarbeitung des Sportentwicklungskonzeptes soll bestimmt werden, wie sich der Sport und die Sportförderung in der Stadt Neubrandenburg zukünftig entwickeln kann und soll. Dabei müssen u. a. folgende Einzelsachverhalte und deren Wechselwirkungen miteinander einbezogen werden: • allgemeine Sportförderung (geförderte Sportarten, Entwicklung der Mitgliederzahlen usw.), • Entwicklung der dafür notwendigen Sportstätten (inkl. Instandhaltungs- und Investitionsbedarfe, Auslastungsplanung usw.), • Förderung des Leistungssports (Art und Umfang der zukünftigen Förderung), • Entwicklung des Jahnsportforums (inkl. Instandhaltungs- und Investitionsbedarfe, Auslastungsplanung usw.), • Sicherung der Auslastung der Sportstätten unter Berücksichtigung des Schulsports. Bei der Erarbeitung des Sportentwicklungskonzeptes sind die Abt. 0.80, SIM, der Kreissportbund und die Vereine sowie andere Träger von Sportstätten (LK MSE, VZN, Bundeswehr, Privatschulen und neu.sw) einzubeziehen. Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Erarbeitung Sportentwicklungskonzept			Ende 2018	0.70, SIM, Stadtvertretung									
Überarbeitung Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung (Zuschuss)			Ende 2018	0.70, SIM, Stadtvertretung									
Aktualisierung der Sportförderrichtlinie der Stadt Neubrandenburg			Ende 2018	0.70, Stadtvertretung									
Fortschreibung der Richtlinie zur Hauptamtlichkeit im Bereich Sport (muss in Abhängigkeit vom Olympiazzyklus erfolgen)			12/2016	0.70, Stadtvertretung									
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		2.365.300 EUR		Produkt4.2.1.01						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	0	543.312	543.312	543.312	543.312	543.312	543.312	543.312	543.312
		EHH											
		FHH											

8.5 Prüfung der Zuwendungen für den Leistungssport

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 8	Generation, Bildung und Sport	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	OB Silvio Witt									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	4.2.1.02	Förderung des Leistungssports		0.70 Christine Lorenz									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-8-5	Prüfung der Zuwendungen für den Leistungssport											
Beschreibung der Maßnahme													
Die Zuwendungen für den Leistungssport sollen sich am durchschnittlichen Standard in M-V orientieren.													
Der Leistungssport steht in wesentlicher Verbindung zum Jahrsportforum als Olympiastützpunkt. Zu beachten ist dabei konkret die Frage, wie das Jahnsportforum nach Olympia 2016 in Rio de Janeiro (HINWEIS: die Bundesstützpunkte Leichtathletik, Kanurennsport und Bundesnachwuchsstützpunkt Triathlon sind nach Rio für weitere vier Jahre bestätigt worden) und nach Auslaufen der bestehenden Verträge Jahnsportforum ab 01.09.2021 weiter genutzt werden soll. Die Thematik berührt in nicht unerheblichem Maße landespolitische Interessen und bedarf daher einer umfassenden Abstimmung mit den betroffenen Ressorts der Landesregierung.													
Eine Finanzierung der Zuwendungen für die Nutzung der Sportstätten durch die Kaderathleten durch Land (25 %), Bund (25 %) und Stadt (50 %) ist nach Auslaufen der Verträge anzustreben.													
Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Prüfung der Zuwendungen				0.70 Generation, Bildung,									
Finanzierungskonzept				Sport									
Abstimmung mit dem Land M-V				0.70, OSP, Land M-V									
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		1.811.500 EUR		4.2.1.02 Aufwand Leistungssport						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	0	192.400	577.200	577.200	577.200	577.200	577.200
		EHH											
		FHH											

9 Teilhaushalt 9: Kultur

9.1 Standardreduktion im Ausstellungsbetrieb des Regionalmuseums

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		2.0 Frank Renner	
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum									2.50.20 Dr. Rolf Voß	
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-1	Standardreduktion im Ausstellungsbetrieb des Regionalmuseums										
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung der Personalaufwendungen im allgemeinen Ausstellungsbetrieb um 0,5 VZÄ.													
Bei gleichbleibenden Besucherzahlen und museumspädagogischen Führungen ist die Stelle 02.50.20.006 Museumspädagoge/in mit dem altersbedingten Ausscheiden der Stelleninhaberin 12/2021 in eine Teilzeitstelle (0,5 VZÄ) umzuwandeln.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
kritische Prüfung der zu reduzierenden Aufgaben im allgemeinen Ausstellungsbetrieb										2017		Regionalmuseum	
Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung										2017		Regionalmuseum	
Stellenbemessung, Aktualisierung der Stellenbeschreibung/ ggf. der -bewertung										2017		1.30 Organisation	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		28.040 EUR		Produkt: 2.5.2.01 Personal-und Sachaufwendungen (700 EUR pauschal)						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
5,7	0,5	EHH + FHH	0	0	0	0	0	2.285	28.040	28.040	28.040	28.040	28.040
		EHH											
		FHH											

9.2 Mittelfristige Erhöhung der Besucherzahlen und Erträge

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich		2.0 Frank Renner	
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum							2.50.20 Dr. Rolf Voß			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-2	Mittelfristige Erhöhung der Besucherzahlen und Erträge										
Beschreibung der Maßnahme													
Steigerung der Erträge aus Anstieg der Besucherzahlen um mindestens 20 %. Ziel: 21.000 Besucher/jährlich und Anpassung der Gebühren													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Entwicklung eines Marketingkonzeptes												0.90 Kommunikation, Regio- nalmuseum	
laufende Überarbeitung, Anpassung und Weiterentwicklung										laufend		Regionalmuseum	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		36.200 EUR		2.5.2.01. 441001/neu 432001						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	5.000	6.000	7.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000
		EHH											
		FHH											

9.3 Neubewertung SB prähistorische Musealien im Regionalmuseum

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum								2.50.20 Dr. Rolf Voß			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-3	Neubewertung SB Prähistorische Musealien im Regionalmuseum											
Beschreibung der Maßnahme														
Die Stelle 02.50.20.002 SB Prähistorische Musealien (EG 11) ist entsprechend des neuen Aufgabenprofils umzuwandeln und neu zu bewerten.														
Die Maßnahme ist mit dem Einspareffekt 6.000 EUR im Plan 2016 umgesetzt. Neu: Stelle 02.50.20.002 SB Musealien (EG 9).														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme											Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Meilenstein														
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		EUR		ggf. kurze Erläuterung zum Planansatz, Produktkonto:							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vzÄ	vzÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
		EHH												
		FHH												

9.4 Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum								2.50.20 Dr. Rolf Voß			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-4	Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum											
Beschreibung der Maßnahme														
Reduzierung von laufenden Aufwendungen (z. B. Dienstreisen, Honorare und Künstleraufwendungen,...)														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
organisatorische Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung										Ende 2016		Regionalmuseum		
Anpassung der Aufgabenerfüllung an die neuen Kostenvorgaben										Ende 2016		Regionalmuseum		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		963.600 EUR		Produkt: 2.5.2.01 laufende Aufwendungen							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	8.000	
		EHH												
		FHH												

9.5 Anpassung der Preise für Gruppenführungen im Regionalmuseum

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum								2.50.20 Dr. Rolf Voß			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-5	Anpassung der Preise für Gruppenführungen im Regionalmuseum											
Beschreibung der Maßnahme														
Steigerung der Erträge durch Anpassung der Preise für Leistungen im Regionalmuseum.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Überarbeitung der Entgeltordnung										Ende 2016		Regionalmuseum		
Beschluss zur Entgeltordnung												Stadtvertretung		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		36,2 TEUR		Produkt: 2.5.2.01. 441001/neu 432001							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	3.750	
		EHH												
		FHH												

9.6 Anpassung der Öffnungszeiten im Regionalmuseum

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.01	Regionalmuseum								2.50.20 Dr. Rolf Voß			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-6	Anpassung der Öffnungszeiten im Regionalmuseum											
Beschreibung der Maßnahme														
Reduzierung Aufwendungen für externe Dienstleitungen (16 % von 161.000 EUR) aufgrund reduzierter Öffnungszeiten.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Anpassung der Öffnungszeiten										01.01.2017		Regionalmuseum		
Festlegung neuer Öffnungszeiten												Oberbürgermeister		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		161.000 EUR		Produkt: 2.5.2.01.562900							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	23.200	
		EHH												
		FHH												

9.7 Verbesserung des Kostendeckungsgrads durch Ertragssteigerung oder freien Eintritt

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.03	Kunstsammlung								2.50.30 Dr. Merete Cobarg			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-7	Verbesserung des Kostendeckungsgrads durch Ertragssteigerung oder freien Eintritt											
Beschreibung der Maßnahme														
Verbesserung des Kostendeckungsgrads durch Ertragssteigerung oder freien Eintritt														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Variantenuntersuchung (Ertragssteigerung oder freien Eintritt)										03/2017		1.30 Organisation		
Entwicklung eines Marketingkonzeptes										Mitte 2017		0.90 Kommunikation, Kunst- sammlung		
Anpassung der Entgeltordnung										01.01.2017		Kunstsammlung		
laufende Überarbeitung, Anpassung und Weiterentwicklung										laufend		Kunstsammlung		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		...EUR		Produkt: 2.5.2.03. 562900, Ertrag 441001/neu 432001							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	20.806	
		EHH												
		FHH												

9.8 Anpassung der Öffnungszeiten der Kunstsammlung

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.03	Kunstsammlung								2.50.30 Dr. Merete Cobarg			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-8	Anpassung der Öffnungszeiten der Kunstsammlung											
Beschreibung der Maßnahme														
Reduzierung Aufwendungen für externe Dienstleitungen (16 % von 96.600 EUR) auf Grund reduzierter Öffnungszeiten														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
Anpassung der Öffnungszeiten										01.01.2017		Kunstsammlung		
Festlegung neuer Öffnungszeiten												Oberbürgermeister		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		96,6 TEUR		Produktkonto: 2.5.2.03.562900							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	13.900	
		EHH												
		FHH												

9.9 Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.5.2.03	Kunstsammlung								2.50.30 Dr. Merete Cobarg			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-9	Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung											
Beschreibung der Maßnahme														
Reduzierung von laufenden Aufwendungen (z. B. Dienstreisen, Honorare und Künstleraufwendungen...)														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte		
organisatorische Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung										Ende 2016		Kunstsammlung		
Anpassung der Aufgabenerfüllung an die neuen Kostenvorgaben										Ende 2016		Kunstsammlung		
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		692.500 EUR		Produkt: 2.5.2.03, laufende Aufwendungen							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
-	-	EHH + FHH	0	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	8.400	
		EHH												
		FHH												

9.10 Übertragung der Trägerschaft für die Kunstsammlung auf das Land M-V; alternativ Beteiligung des Landes

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 9	Kultur	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	2.5.2.03	Kunstsammlung		2.50.30 Dr. Merete Cobarg									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-9-10	Übertragung der Trägerschaft für die Kunstsammlung auf das Land M-V; alternativ Beteiligung des Landes											
Beschreibung der Maßnahme													
Stellungnahme PwC: „Aufgrund der herausragenden Stellung der Kunstsammlung Neubrandenburg als Ort der Sicherung eines umfangreichen Kunst- und Kulturkosmos des Bundeslandes und darüber hinaus sowie der Bedeutung als interaktive Bildungsstätte ist eine Herauslösung aus dem kommunalen Zuständigkeitsbereich der Stadt Neubrandenburg mit einem gleichzeitigen Übergang in die Trägerschaft des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu prüfen. Damit könnte eine Nettoentlastung des kommunalen Haushalts um 639 TEUR p. a. (lt. HH-Plan 2015) erzielt werden. Alternativ könnte auch eine verstärkte Beteiligung des Landes angestrebt werden (finanziell bzw. bei veränderter und gemeinsamer Trägerschaft) - vergleichbar den Beteiligungen und Unterstützungsmaßnahmen, die das Land derzeit bei Theatern in Mecklenburg-Vorpommern vornimmt.“ Im Ergebnis der Prüfung und Abstimmungen mit dem Land M-V wird eine Entlastung des im Plan 2016 ausgewiesenen Zuschusses von 668.900 EUR in Höhe von ca. 60 % erwartet. Die Umsetzung der Maßnahme bedarf der weiteren Unterstützung des beratenden Beauftragten.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Prüfung der Herauslösung der Kunstsammlung aus dem kommunalen Zuständigkeitsbereich der Stadt Neubrandenburg bzw. Beteiligung des Landes (Variantenvergleich)			30.06. 2017	0.10 Zentrale Steuerung, Kunstsammlung, Land M-V									
Umsetzung			2018										
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016: 668.900 EUR Produkt: : 2.5.2.03 Zuschuss Stadt										
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	0	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000	400.000
		EHH											
		FHH											

9.11 Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur							Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner		
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.7.2.01	Regionalbibliothek								2.50.10 Angelika Zillmer		
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-11	Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife										
Beschreibung der Maßnahme													
Erhöhung der Erträge durch Steigerung der Nutzerzahlen und regelmäßige Überprüfung der Gebührentarife													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein										Termin		Verantwortlich/Beteiligte	
Überarbeitung der Gebührensatzung												Regionalbibliothek	
Beschluss der neuen Gebührensatzung												Stadtvertretung	
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		...EUR		Produkt: 2.7.2.01						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung -Nettoeffekt in EUR-										
-	-	EHH + FHH	0	4.450	10.300	14.700	14.700	14.700	14.700	14.700	14.700	14.700	14.700
		EHH											
		FHH											

9.12 Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Regionalbibliothek

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)		THH 9	Kultur						Organisations- einheit, Ver- antwortlich		2.0 Frank Renner			
Produkt (Nr. und Bezeichnung)		2.7.2.01	Regionalbibliothek								2.50.10 Angelika Zillmer			
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)		2016-9-12	Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Regionalbibliothek											
Beschreibung der Maßnahme														
Durch Reorganisation in der Aufgabenwahrnehmung sind mindestens zwei Stellen einzusparen. Die Vorschläge PwC sind bei der Untersuchung mit zu betrachten.														
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme														
Meilenstein									Termin		Verantwortlich/Beteiligte			
											1.30 Organisation, 2.50 Kultur, Kultureinrichtungen			
Bildung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe „Kultur“														
Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Regionalbibliothek														
Personalbemessung, Aktualisierung der Stellenbeschreibung/ ggf. der -bewertung														
Haushaltsauswirkungen														
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		132.040 EUR		Produkt: 2.7.2.01 Personal und 2.800 Sachaufwendungen (pauschal)							
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-											
17,9	-2,0	EHH + FHH	0	21.590	64.770	64.770	64.770	64.770	120.029	132.040	132.040	132.040	132.040	
		EHH												
		FHH												

9.13 Aufgabenverzicht „Zentrales Sammlungsportal“

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 9	Kultur	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	2.8.1.01	Sonstige kulturelle Aufgaben		2.50 Birger Maßmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-9-13	Aufgabenverzicht „Zentrales Sammlungsportal“											
Beschreibung der Maßnahme													
Reduzierung der Personal- und Sachaufwendungen von 1,7 VZÄ durch Wegfall der Aufgabe „Sach- und Formalerschließung von Sammlungen und Archivgütern, Digitalisierungen sowie Medien- und Informationsvermittlung für städt. Personal und externe Nutzer“.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
Verlagerung der Stellen 02.50.00.006/007 SB Zentrales Sammlungsportal in den Stellenpool mit kw 10/23 bzw. 10/25			01.01.2017	1.20 Personalservice, 1.30 Organisation									
Umsetzung auf andere Stellen oder Übertragung von Aufgaben, die sich aus notwendigen Mehrbedarfen bzw. Vertretungen bei Krankheit oder Mutterschutz ergeben				1.20 Personalservice									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		98.800.000 EUR		Produkt: 2.7.2.01 96.000 EUR Personal- und 2.800 EUR Sachaufwendungen (pauschal)						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
VZÄ	VZÄ	(EHH/FHH)	Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
7,65	-1,7	EHH + FHH	0	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800	98.800
		EHH											
		FHH											

9.14 Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN

Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	THH 9	Kultur	Organisations- einheit, Ver- antwortlich	2.0 Frank Renner									
Produkt (Nr. und Bezeichnung)	2.8.1.01	Sonstige kulturelle Aufgaben		2.50 Birger Maßmann									
Maßnahme (Nr. und Bezeichnung)	2016-9-14	Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN											
Beschreibung der Maßnahme													
Aufgabenkritische Betrachtung der Kulturförderung mit dem Ziel der Senkung der Transferaufwendungen um 100.000 TEUR i. V. m. mit der Erstellung eines Sponsoringkonzepts inkl. freiwilliger städtischer Leistungen und der Personalaufwendungen um 49.000 EUR (1,0 VZÄ). Die Maßnahmen „Erarbeitung Kulturförderkonzept/Übertragung Aufgaben im Bereich Kultur an VZN“, „Wegfall der Veranstalterbetreuung und Bündelung des Veranstaltungsmanagements in der VZN“ und „Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing“ stehen im Zusammenhang mit übergreifenden Optimierungsüberlegungen. Zur Reorganisation von „Kultur und Marketing“ in der Verwaltung und der VZN wird eine Arbeitsgruppe unter Leitung 0.10 Zentrale Steuerung gebildet.													
Umsetzungsschritte und Zeitplan zur Realisierung der Maßnahme													
Meilenstein			Termin	Verantwortlich/Beteiligte									
aufgabenkritische Betrachtung der Kulturförderung, einschließlich Prüfung der Bündelung von Aufgaben Verwaltung/VZN			12/2016	0.10 Zentrale Steuerung, 0.90 Stadtmarketing, 2.50 Kultur, VZN									
Erarbeitung eines Kulturförderkonzeptes			03/2017	2.50 Kultur									
Beschluss zum Kulturförderkonzept			06/2017	Stadtvertretung									
Haushaltsauswirkungen													
Stellenplan		Haushaltsplan	Planansatz 2016:		146.950 EUR		Produkt: Personal-und Sachaufwendungen (1.400 EUR pauschal) und 100.000 EUR Transferaufwendungen						
2016	Red.	HH-Wirkung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
vZÄ	vZÄ	(EHH/FHH)	Ertragssteigerung oder Aufwandssenkung -Nettoeffekt in EUR-										
7,65	-1,0	EHH + FHH	0	23.570	146.950	146.950	146.950	146.950	146.950	146.950	146.950	146.950	146.950
		EHH											
		FHH											

Finanzhaushalt 2016 und Finanzplanungszeitraum		2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	
Saldo der ord. und außerord. Ein- und Auszahlungen		2.519,1	2.890,3	1.194,4	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	2.032,8	
Auszahlung für planmäßige Tilgung von Invest.-Krediten		2.323,3	2.341,8	3.912,2	2.014,2	2.705,9	1.893,5	1.893,5	1.891,1	1.888,8	1.983,8	1.729,8	1.333,7	
Jahresbezogener Saldo der ord. und außerord. Ein- und Auszahlungen abzgl. Tilgung		195,8	548,5	-2.717,8	18,6	-673,1	139,3	139,3	141,7	144,0	49,0	303,0	699,1	
Die mittelfristige Finanzplanung enthält alle zum Planungszeitpunkt bekannten Veränderungen, insbesondere in den Bereichen Personal, allgemeine Finanzwirtschaft, wirtschaftliche Unternehmen.														
Inflationsbedingte Steigerungen sind nicht berücksichtigt.														
Saldo lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres (= Konsolidierungsbedarf)		-93.917,4	-93.368,9	-96.086,7	-96.068,1	-96.741,2	-96.601,9	-96.462,5	-96.320,8	-96.176,8	-96.127,8	-95.824,7	-95.125,6	
Summe der Haushaltssicherungsmaßnahmen		2.657,2	2.159,0	3.821,0	11.388,2	5.215,0	5.456,6	5.976,4	6.009,3	6.074,8	6.074,8	6.076,2	6.076,2	
Jahresbezogener Saldo der ord. und außerord. Ein- und Auszahlungen abzgl. Tilgung mit HSK		2.853,0	2.707,5	1.103,2	11.406,8	4.542,0	5.595,9	6.115,7	6.151,0	6.218,8	6.123,8	6.379,2	6.775,2	
Saldo lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres mit HSK		-91.064,4	-88.356,9	-87.253,6	-75.846,8	-71.304,8	-65.708,9	-59.593,2	-53.442,2	-47.223,3	-41.099,5	-34.720,3	-27.945,0	
Summe der Zuweisungen aus dem KHKFonds (Annahme aus Berechnung für FAG-Beirat)		5.677,9	5.677,9	5.677,9	5.677,9	5.677,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Saldo lfd. Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres mit HSK und KHKFonds		-85.582,3	-77.196,9	-70.415,7	-53.331,0	-43.111,1	-37.515,2	-31.399,5	-25.248,5	-19.029,6	-12.905,8	-6.526,6	248,7	
lfd. Maßnahme (Kurzbezeichnung) Nr.		Red. VzÄ	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Übergreifend														
1	2016-Ü-1 Erwirtschaftung eines jährlichen Überschusses		2.200,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0	1.000,0
2	2016-Ü-2 Senkung der Personal- und Versorgungsaufwendungen	6,00	4,9	29,5	76,9	161,7	310,1	356,9	382,9	396,0	461,4	461,4	462,8	462,8
Teilhaushalt 1: Bereich Oberbürgermeister														
3	2016-1-1 Aufgabenbündelung und Aufgabenkritik im Bereich Marketing	1,00	0,0	80,8	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2	88,2
4	2016-1-2 Wegfall Veranstalterbetreuung u. Bündelung Veranstaltungsmgmt. in VZN	1,00	0,0	0,0	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1	64,1
Teilhaushalt 2: Innere Verwaltung														
5	2016-2-1 Prüfung der Fremdvergabe von Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6	2016-2-2 Interkommunale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der IT		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7	2016-2-3 Schließung der Barkasse	1,00	0,0	11,3	11,3	11,3	11,3	11,3	39,3	47,2	47,2	47,2	47,2	47,2
Teilhaushalt 3: Stadtplanung, Wirtschaft und Bauaufsicht														
8	2016-3-1 Standardreduktion in der Wirtschaftsförderung	1,00	0,0	0,0	12,5	75,4	75,4	75,4	75,4	75,4	75,4	75,4	75,4	75,4
Teilhaushalt 4: Sicherheit und Ordnung														
9	2016-4-1 Prozessoptimierung im Einwohnerservice	1,00	7,0	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3	84,3
10	2016-4-2 Optimierung Feuerwehr		0,0	0,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0	200,0
11	2016-4-3 Gebührensatzung öffentliche Feuerwehren		0,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0	15,0
12	2016-4-3 Privatisierung Wochenmarkt		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Teilhaushalt 6: Wirtschaftliche Unternehmen														
13	2016-6-1 Reduzierung des Engagements der Stadt Neubrandenburg bei der FNT GmbH		0,0	0,0	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2	204,2

lfd. Nr.	Maßnahme (Kurzbezeichnung)	Red. VZÄ	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
22	2016-6-2 Veräußerung der Anteile an der ekz.Bibliotheksservice GmbH		0,0	0,0	0,0	0,0	58,4	58,4	58,4	58,4	58,4	58,4	58,4	58,4
14	2016-6-3 Kooperation beim Betrieb oder Beendigung der SJZ gGmbH		0,0	50,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
15	2016-6-4 Erhöhung Kostendeckung der Veranstaltungen VZN		23,0	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2	86,2
16	2016-6-5 Reduzierung des Zuschusses an die Touristinfo		0,0	25,0	50,0	75,0	91,9	91,9	91,9	91,9	91,9	91,9	91,9	91,9
17	2016-6-6 Kosten-/Erlösoptimierung im SIM (Ersatz)		0,0	85,8	171,5	257,3	343,0	343,0	343,0	343,0	343,0	343,0	343,0	343,0
18	2016-6-7 Optimierung Flächenbelegung Rathaus – Gewinnung Landkreis als Mieter		0,0	0,0	0,0	0,0	278,0	278,0	278,0	278,0	278,0	278,0	278,0	278,0
19	2016-6-8 Erhöhung und steuerliche Optimierung der Gewinnabführung der NEUWOGES		422,3	422,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3	547,3
20	2016-6-9 Portfolioanalyse u. Teilverkäufe Immobilienbestands Stadt/NEUWOGES					6.758,3								
21	2016-6-10 Reduzierung der Sponsoringaufwendungen		0,0	0,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0	45,0
Teilhaushalt 7: Allgemeine Finanzwirtschaft														
23	2016-7-1 Teilnahme an Betriebsprüfungen der Finanzämter		0,0	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
24	2016-7-2 Anhebung der Hundesteuer		0,0	0,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0	10,0
25	2016-7-3 Optimierung Zins- und Schuldenmanagement		0,0	0,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
26	2016-7-4 Einsparung von Zinsaufwendungen durch Umsetzung des HSK		0,0	2,9	3,2	4,9	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Teilhaushalt 8: Generationen, Bildung und Sport														
27	2016-8-1 Aufgabenwegfall in der Bildungskoordination	1,00	0,0	0,0	110,6	110,6	110,6	110,6	110,6	110,6	110,6	110,6	110,6	110,5
28	2016-8-2 Aufgabenkritik Förderung Wohlfahrtspflege über Sozialraumbetrachtung		0,0	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0	50,0
29	2016-8-3 Anpassung der finanziellen Beteiligung an der Schul- und Jugendsozialarbeit		0,0	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5	34,5
30	2016-8-4 Erarbeitung eines Sportentwicklungskonzeptes für die Stadt Neubrandenburg		0,0	0,0	0,0	543,3	543,3	543,3	543,3	543,3	543,3	543,3	543,3	543,3
31	2016-8-5 Prüfung der Zuwendungen für den Leistungssport		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	192,4	577,2	577,2	577,2	577,2	577,2	577,2
Teilhaushalt 9: Kultur														
32	2016-9-1 Standardreduktion im Ausstellungsbetrieb des Regionalmuseums	0,50	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,3	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0	28,0
33	2016-9-2 Mittelfristige Erhöhung der Besucherzahlen und Erträge		0,0	5,0	6,0	7,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
34	2016-9-3 Neubewertung SB prähistorische Musealien im Regionalmuseum		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
35	2016-9-4 Reduzierung der Sachaufwendungen im Regionalmuseum		0,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0	8,0
36	2016-9-5 Anpassung der Preise für Gruppenführungen im Regionalmuseum		0,0	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
37	2016-9-6 Anpassung der Öffnungszeiten im Regionalmuseum		0,0	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2	23,2
38	2016-9-7 Verbesserung des Kostendeckungsgrads in der Kunstsammlung		0,0	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8	20,8
39	2016-9-8 Anpassung der Öffnungszeiten der Kunstsammlung		0,0	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9
40	2016-9-9 Reduzierung der Sachaufwendungen in der Kunstsammlung		0,0	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4	8,4
41	2016-9-10 Trägerschafts-/Anteilsübertragung der Kunstsammlung auf das Land M-V		0,0	0,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0	400,0
42	2016-9-11 Erhöhung der Erträge in der Regionalbibliothek		0,0	4,5	10,3	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7
43	2016-9-12 Reorganisation der Aufgabenwahrnehmung in der Regionalbibliothek	2,00	0,0	21,6	64,8	64,8	64,8	64,8	120,0	132,0	132,0	132,0	132,0	132,0
44	2016-9-13 Aufgabenverzicht „Zentrales Sammlungsportal“	1,70	0,0	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8	98,8
45	2016-9-14 Erarbeitung Kulturförderkonzepts/Übertragung Aufgaben an das VZN	1,00	0,0	23,6	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0	147,0

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK 2014-0-1, Finanzierung des Stadtanzeigers durch Werbeanzeigen

Sachstand

Zur Umsetzung dieser Maßnahme wurde eine Ausschreibung vorgenommen. Im Ergebnis dieser Ausschreibung ist festzustellen, dass keine Einsparung erzielt werden kann. Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK 2014-1-1 Senkung der Personal- und Versorgungsaufwendungen

Sachstand

(1) Stellenausstattung

- Zum Stichtag 30.06.2016 konnten 3,5 VZÄ abgebaut werden. Zudem befanden sich in der Kernverwaltung insgesamt 67 Mitarbeiter (8 Beamte, 59 Tarifbeschäftigte) und im Eigenbetrieb Immobilienmanagement insgesamt 29 Mitarbeiter (0 Beamte, 29 Tarifbeschäftigte) in Teilzeit. Von der Möglichkeit der Freistellung statt Jahressonderzahlung zu beantragen, haben in der Kernverwaltung 19 Beschäftigte und im Eigenbetrieb Immobilienmanagement 5 Beschäftigte Gebrauch gemacht. Dementsprechend konnten Personalaufwendungen gesenkt werden.

(2) Systematische Aufgabenkritik

- Im Rahmen der Einführung des beleglosen Anordnungswezens wird derzeit ein umsetzbarer Soll-Prozess mit allen Beteiligten abgestimmt. Am Ziel, das beleglose Anordnungswezen am 01.02.2017 einzuführen, wird weiter festgehalten.
- Der Test des Online-Wohngeldverfahrens im Wirtschaftsministerium M-V wurde abgeschlossen. Weitere Tests des Verfahrens stehen auf Landesebene (Finanzministerium, Landesrechnungshof) noch aus. Der Zweckverband Elektronische Verwaltung M-V hat die Einführung des Verfahrens für das 3. Quartal 2016 avisiert.

(3) Nachbesetzung freier und freiwerdender Stellen

- Durch die Verwaltung und den Eigenbetrieb Immobilienmanagement wurden bis zum 30.06.2016 insgesamt 26 Anträge zur Nachbesetzung freier und freiwerdender Stellen(anteile) eingereicht, von denen 16 Anträge durch den Oberbürgermeister zur Nachbesetzung freigegeben und 2 abgelehnt wurden.

(4) Personal- und Organisationsentwicklung

- Im Jahr 2016 fanden erstmalig Zielgespräche zwischen dem Oberbürgermeister und seinen Bereichen statt. Das POK aus dem Jahr 2015 wird anhand der Ergebnisse fortgeschrieben.

Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2012-1-2 Anpassung des Vertrages zur Anmietung der Telefonanlage

Sachstand

Die bestehenden Serviceverträge für die TK-Anlage wurden zum Jahresende 2015

gekündigt. Die Ausschreibung und Vergabe erfolgte im Ergebnis mit einer Kostenreduktion von 50 %. Aufgrund der Kündigung des Leasingvertrages i. V. m. dem Abkauf der TK-Anlage kann im Jahr 2016 eine zusätzliche Kostenersparnis von monatlich 10,6 TEUR realisiert werden. Die Beschaffung einer neuen VoIP-TK-Anlage (bzw. der Einkauf von TK-Dienstleistungen) wird derzeit vorbereitet. Die Maßnahme wird im neuen HSK aufgrund des geringen Einsparpotenzials gegenüber dem HSK-Basisjahr 2016 nicht weiter fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK 2014-8-3, Anzeigenzulassung auf der Homepage der Stadt Neubrandenburg

Sachstand

Im Rahmen der Beratungsleistung für den Internetrelaunch ist nach Einschätzung der Beraterfirma der monetäre Erfolg von Vermarktungsmöglichkeiten durch Anzeigenschaltungen auf kommunalen Webseiten von Städten in der Größe der Stadt Neubrandenburgs, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt vorhanden. Der damit verbundene Aufwand der Akquise und Vermarktung steht nicht im Verhältnis zu den zu erwartenden Einnahmen. Eine Umsetzung der Maßnahme erfolgt damit nicht.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-6, Schließung der Barkasse

Sachstand

Der Prüfauftrag ist abgeschlossen mit dem Ergebnis der Befürwortung einer Schließung. Im Rahmen der Erarbeitung des neuen Haushaltssicherungskonzeptes wird eine entsprechende Maßnahme aufgenommen.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK 2014-FiWi-1, Anhebung der Vergnügungssteuer für Spielautomaten

Sachstand

Mit Beschlussfassung der Stadtvertretung am 30.10.2014 (Beschluss-Nr. 53/04/14) wurde die Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten angehoben. Der IST-Konsolidierungsbeitrag betrug 256,9 TEUR im Jahr 2015. Ab 2016 werden jährlich 230 TEUR Mehreinnahmen erwartet. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK 2014-FiWi-2, Anhebung der Hundesteuer

Sachstand

Am 30.10.2014 beschloss die Stadtvertretung die Erhöhung der Hundesteuer (Beschluss-Nr. 52/04/14). Der IST-Konsolidierungsbeitrag betrug 29,6 TEUR im Jahr 2015. Ab 2016 werden jährlich Mehreinnahmen in Höhe von 26,0 TEUR erwartet. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-2, Teilnahme an Betriebsprüfungen der Finanzämter mit

Sachstand

Es ist geplant, im Jahr 2017 mit der Teilnahme an Betriebsprüfungen zu beginnen, so

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-3, Prüfung und Anhebung der Zweitwohnungssteuer

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-4, Prüfung weiterer Übertragungen von Ver- und Entsorgungsinfrastrukturvermögen an die neu. sw

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2012-2-2, Zuschussreduzierung Beschäftigungsförderung

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-Fraktionen-3, NEUMAB-WQG Wirtschaftsentwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-3-1, Kürzung des Begrüßungsgeldes

dass mit ersten finanziellen Effekten 2017 gerechnet werden könnte. Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Sachstand

Mit Beschlussfassung der Stadtvertretung am 30.10.2014 (Beschluss-Nr. 51/04/14) wurde die Zweitwohnungssteuer angehoben. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Sachstand

Der Prüfungsvorgang hält in Form der Erfassung des Anlagevermögens weiter an. Im Anschluss werden weitere Schritte hinsichtlich Veräußerung eingeleitet. Die Maßnahme wird aufgrund des geringen zu erwartenden Einsparpotenzials nicht weiter aufgeführt.

Sachstand

In der Sitzung der Stadtvertretung am 10.12.2015 wurde mit Beschluss-Nr. 257/14/15 die NEUMAB-WQG zum 31.12.2015 aufgelöst. 2016 ist ein Zuschuss in Höhe von 50 TEUR für die Durchführung auslaufender beschäftigungsfördernder Maßnahmen vorgesehen. Die HSK-Maßnahme 2012-2-2 Zuschussreduzierung Beschäftigungsförderung wird damit erfüllt, die HSK-Maßnahme 2014-Fraktionen-3 anteilig erfüllt. Ab 2017 ist mit erfolgreicher Durchführung der Liquidation kein gesonderter Zuschuss mehr bereitzustellen. Mit der Liquidation ergeben sich Auswirkungen auf die SJZ gGmbH. Für diese Gesellschaft ist nunmehr eine eigenständige Verwaltung inkl. hauptamtlicher Geschäftsführung vorzusehen. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen sind nach Möglichkeit für die Belange der SJZ gGmbH fortzuführen. Deren Umfang wirkt sich auf die künftige Haushaltsplanung ebenso aus. Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Sachstand

siehe Maßnahme 2012-2-2
Weitere finanzielle Auswirkungen: notwendige Zuschusserhöhung an die SJZ gGmbH

Sachstand

Mit Beschluss der Stadtvertretung vom 18.09.2014 (Beschluss-Nr. 20/02/14) wurde das Begrüßungsgeld auf 150 EUR abgesenkt. 2015 beträgt der IST-Konsolidierungsbeitrag 19,8 TEUR. Ab 2016 werden jährlich 20,0 TEUR erwartet. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-3-3, Reduzierung der Öffnungszeiten der Abteilung Bürgerservice

Sachstand

Aufgrund des hohen Antragsvolumens an Personaldokumenten und des damit verbundenen unzumutbaren Anstiegs der Wartezeiten für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neubrandenburg wurde eine zur Streichung vorgesehene Stelle wieder nachbesetzt. Die zwischenzeitlich um drei Stunden erweiterten Öffnungszeiten werden ab dem 01.01.2016 wieder auf 30 Stunden reduziert. Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-3-4, Reduzierung der Öffnungszeiten der Abteilung Straßenverkehr

Sachstand

Durch die Zusammenlegung der Bereiche Kfz.-Zulassung/Führerscheinstelle mit dem Einwohnerservice sollen Optimierungspotenziale im Rahmen einer Organisationsuntersuchung ganzheitlich eruiert werden. Die entsprechenden jeweiligen HSK-Maßnahmen werden zurückgestellt und ggf. anhand der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung mit einer gemeinsamen neuen Maßnahme fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-3-2, Optimierungsmaßnahmen im Brandschutz

Sachstand

Das neue Brandschutzgesetz wurde verabschiedet. Auf dessen Grundlage wird aktuell die Gebührensatzung der Feuerwehr überarbeitet und im Herbst in die Stadtvertretung zur Lesung und Beschlussfassung eingereicht. Die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes, der in einer entsprechenden Vorlage durch die Stadtvertretung beschlossen wird, wurde begonnen. Mit der Fortschreibung erfolgen auch Prüfungen von Optimierungsmaßnahmen im Brandschutz, bessere Kooperationen mit dem Umland und Verbesserung von Einnahmen. Auch die Zentralisierung der beiden Freiwilligen Feuerwehren am Standort Ziegelbergstraße wird im Rahmen der Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplanes nochmals auf den Prüfstand kommen. Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2011-3-1, Obdachlosenheim

Sachstand

Die Ausschreibung ist abgeschlossen. Es erfolgte die Vergabe an den ASB. Die Einsparung ist realisiert und war bereits 2014 veranschlagt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-Fraktionen-1, Flughafen Neubrandenburg-Trollenhagen GmbH (FNT)

Sachstand

Für die Konzeptumsetzung zur Investorensuche und Vermarktung des Flughafens und der umliegenden Gewerbeflächen wurde eine "Vermarktungspartnerschaft" gegründet. Das Wirtschaftsministerium fördert das Vermarktungsprojekt finanziell und inhaltlich. Im Konversionsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2014 ist Neubrandenburg/Trollenhagen als einer der ausgewählten Schwerpunktstandorte der Konversion

aufgenommen. Die HSK-Maßnahme wird wegen des zur Vermarktung der Flächen erforderlichen Fortbetriebes des Flughafens (Erhalt der Genehmigungen) vorerst nicht wirksam. Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-BM-2, Verbesserung der Rendite der Beteiligungsunternehmen

Sachstand

Die Unternehmen neu.sw und NEUWOGES sind hinsichtlich Erhöhung der Gewinnabführung bzw. andere Unternehmen hinsichtlich der Zuschussreduzierung erheblich gefordert. Das städtische Beteiligungsportfolio ist deutlich reduziert. Im Zuge der Haushaltsaufstellung 2015 und 2016 fand eine weitere Optimierung der Finanzbeziehungen der Stadt mit ihren Beteiligungen statt. Die Maßnahme wird in dieser Form nicht fortgeführt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-Fraktionen-2, Zentrum für Lebensmitteltechnologie (ZLT)

Sachstand

Gemäß Beschluss der Stadtvertretung vom 13.05.2015 (Beschluss-Nr. 169/10/15) wurden 69 % der 75 % Anteile an die Hochschule Neubrandenburg übertragen. Die Gesellschaft wird entsprechend ihres Gegenstandes weitergeführt. Die Zuschusspflicht der Stadt endete am 30.06.2015. Die HSK-Maßnahme wird ab 2016 voraussichtlich erfüllt und nicht mehr fortgeführt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2012-BM-1, Reduzierung des Zuschusses an die VZN GmbH

Sachstand

Die Maßnahme ist umgesetzt. Das Konsolidierungspotenzial wird ab 2016 erreicht.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2010-9-2, Senkung der Mietaufwendungen für die Verwaltung

Sachstand

Der voraussichtliche Baubeginn für die energetische Sanierung des Rathauses verschiebt sich voraussichtlich auf das dritte Quartal 2017. Die notwendigen Vorbereitungen werden 2016 intensiviert. Diese umfassen die weiteren Planungen, das Fassadenkonzept, die Einreichung des Förderantrags sowie die Beauftragung von erforderlichen Gutachten. Die Maßnahme wird mit anderer Ausrichtung fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-9-1, Zuschussverringerung an den Eigenbetrieb Immobilienmanagement

Sachstand

Die verwaltungsinterne Prüfung ergab, dass ein Verkauf der landwirtschaftlichen Flächen die planerischen und grundstückspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Stadt deutlich einengen würde. Anpassungen von Pachten werden erst mit dem Ablauf vertraglicher Fristen erfolgen.

Die Stadt Neubrandenburg und der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

verständigten sich auf eine gemeinsame Nutzung des Haupthauses für bürgernahe Bereiche. Dabei wird eine Nutzung des Nord- und Mittelteils durch die Stadt sowie eine Nutzung des Südflügels durch den Landkreis angestrebt. Für bürgerferne Bereiche der Stadt werden eigene Immobilien hergerichtet oder externe Immobilien angemietet werden müssen. Hierbei ist davon auszugehen, dass Mieteinnahmen für die Vermietung des Südflügels an den Landkreis alternative Kosten für die Instandsetzung eigener oder die Anmietung und Herrichtung fremder Immobilien in gleicher Höhe gegenüberstehen.

Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-2-1, Teilabschaltung Stadtbeleuchtung

Sachstand

Im Ergebnis der Vertragsverhandlungen konnte eine Einsparung in Höhe des Konsolidierungspotenzials erzielt werden. Die Maßnahme ist abgeschlossen.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-BM-1, Erzielung einer Gewinnausschüttung von der NEUWOGES

Sachstand

Eine erhöhte Gewinnabführung ist in die Planung 2016 der NEUWOGES eingeordnet. Für die Jahre 2017 ff. wird am Konsolidierungspotenzial festgehalten. Die Maßnahme wird voraussichtlich erfüllt werden.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-BM-3, Erhöhung Gewinnabführung der Neubrandenburger Stadtwerke GmbH durch Optimierung des Personaleinsatzes

Sachstand

Die im HSK für 2016 anvisierte Zielstellung wird erreicht. In den Folgejahren plant die neu. sw zunächst eine Mindestausschüttung in Höhe von durchschnittlich 3.960 TEUR (mit jährlichen Schwankungen). Das Plangespräch für 2017ff. steht jedoch noch aus. Es ist zu prüfen, inwiefern auch in Folgejahren eine Abführung aus Mehrgewinn eingeplant werden kann (Ziel: durchschnittlich 900 TEUR). Allerdings ist eine extensive Personalentwicklung unverändert gegeben. Diese führt zu stark steigenden Personalaufwendungen. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2012-8-1, Reduzierung der Sportförderung

Sachstand

Auf der Kreistagssitzung im Februar 2014 wurde die 1. Änderung des Vertrages zur Förderung des Vereinssports und die Sportförderrichtlinie beschlossen. Der Konsolidierungsbetrag beträgt 112,7 TEUR. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-8-4, Erhöhung der Eigenanteile der Erwachsenen für Sport-

Sachstand

Mit Beschluss der Stadtvertretung vom 18.09.2014 (Beschluss-Nr. 30/02/14) zur 2.

stättennutzung

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-1, Prüfung weiterer Möglichkeiten der Reduzierung der Leistungssportförderung

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-8-1, Erhöhung der Besucherzahlen im Regionalmuseum

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Maßnahme 2014-8-2, Analyse der Ertragssituation in der Regionalbibliothek

Maßnahmen-Nr. und Bezeichnung

HSK-Prüfauftrag 2014-P-5, Erwirken einer Sonderbedarfszuweisung für die Regionalbibliothek

Änderung der Förderrichtlinie zur Sportstättennutzung in der Stadt Neubrandenburg wurden die Eigenbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich des Sportes erhöht und der Zuschuss für die Sportstättennutzung abgesenkt. Die Maßnahme ist umgesetzt.

Sachstand

Eine Situationsanalyse mit dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement, dem SG Sport und der Zentralen Steuerung ergab, dass die betreffenden Sportstätten (Werferkabinett und Jahnforum) aufgrund ihrer Spezialform nicht für den Breitensport geeignet sind. Offene Trainingszeiten werden generell anderen Nutzern angeboten. Der Prüfauftrag ist abgeschlossen.

Sachstand

In den ersten Monaten 2016 sind verfügbare Werbemöglichkeiten zu den Ausstellungen und Veranstaltungen des Museums intensiv genutzt worden. Die Entwicklung der Besucherzahlen zeigt erste Ergebnisse: Gegenüber dem 1. Halbjahr 2015 mit 5.614 Besuchern konnten im 1. Halbjahr 2016 6.896 Besucher verzeichnet werden. Die Überprüfung der Entgeltordnung erfolgt im 2. Halbjahr 2016. Die Maßnahme wird fortgeschrieben.

Sachstand

Die Regionalbibliothek wurde am 01.10.2015 im HKB wieder eröffnet. Seitdem wurden 5.348 aktive Nutzer und 726 Neuanmeldungen registriert. Die Veranstaltungstätigkeit wurde mit 26 Veranstaltungen für verschiedene Nutzergruppen wieder verstärkt fortgesetzt. Die neue Gebührensatzung trat ab 01.01.2016 in Kraft. Bei gleichbleibenden Nutzerzahlen bzw. gleichbleibendem Nutzerverhalten (analog vor HKB-Sanierung) wird nach derzeitiger Einschätzung das Konsolidierungspotenzial für 2016 in Gänze erreicht. Die Maßnahme ist umgesetzt und wird mit anderer Ausrichtung fortgeschrieben.

Sachstand

Ein Antrag auf Sonderbedarfszuweisung wurde mit Postausgang 20.12.2013 beim Ministerium für Inneres und Sport M-V gestellt. Mit dem Ablehnungsbescheid vom 14.07.2014 ist der Prüfauftrag beendet.

Personalkonzept der Stadt Neubrandenburg

Anlage zum Haushaltssicherungskonzept 2016 bis 2027

I. Abgrenzung Personalkonzept und Personal- und Organisationsentwicklungskonzept

Im Rahmen der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den Haushaltssatzungen fordert das Ministerium für Inneres und Sport regelmäßig die Fortschreibung des Personalkonzeptes 2012 - 2017 neu unter Berücksichtigung der im HSK 2013/14 bis 2018 beschlossenen Stelleneinsparungen. Das wird mit dem nachstehenden Konzept erfüllt.

Der Stellenplan ist gemäß § 55 KV M-V genehmigungspflichtig, weil die Stadt Neubrandenburg bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums keinen Haushaltsausgleich darstellen kann. Zwischen Stellenumfang, den Personal- und Sachaufwendungen für den Arbeitsplatz sowie der Aufgabenerledigung bestehen enge Zusammenhänge, insofern umfasst das **Personalkonzept** im Rahmen der Haushaltskonsolidierung die Zielvorgaben zur Stellenausstattung, die organisatorische und personalwirtschaftlichen Handlungsfelder zur Umsetzung der Einsparvorgaben sowie zur Identifizierung weiterer Einspar- und Optimierungspotenziale.

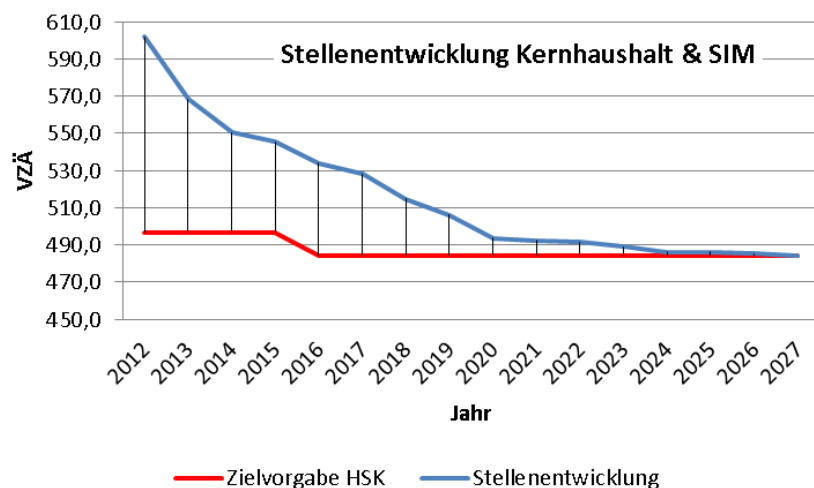
Das **Personal- und Organisationsentwicklungskonzept** ist ein verwaltungsinternes Instrument und wurde erstmalig am 04.03.2015 durch den Oberbürgermeister für die Jahre 2015 – 2021 beschlossen. In jährlichen Zielgesprächen des Oberbürgermeisters mit seinen Führungskräften werden ausgehend von den kommunalpolitischen Schwerpunkten und der Aufgabenentwicklung der Stand der Umsetzung und die Fortschreibung der

- strategischen und operativen Ziele (Produktziele im kommenden Haushaltsplan),
- Maßnahmen zur Haushaltssicherung (HSK) sowie
- Ziele und Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung

teilweise sehr im Detail abgestimmt. Diese finden sich in den entsprechenden Dokumenten (Haushaltsplan, Personal- und Organisationsentwicklungskonzept, HSK, Zielvereinbarungen des Oberbürgermeisters mit den Fachbereichen) wieder.

II. Zielvorgaben zu Stellenausstattung

Die Stadt Neubrandenburg hat seit 2012 weiter kontinuierlich und konsequent an der Einsparung des Personalaufwandes durch Reduzierung ihres Stellen- und Aufgabenbestandes gearbeitet.



Gegenüber dem Basisjahr 2012 wurde der Stellenbestand im Kernhaushalt und im SIM insgesamt um 67,8 VZÄ gesenkt (Kernhaushalt = 49,2 VZÄ und SIM = 18,6 VZÄ).

Im Stellenplan 2016 sind im Kernhaushalt 390,2 VZÄ und SIM 143,9 VZÄ ausgewiesen. In Summe 534,1 VZÄ.

Weitere 39,5 VZÄ (dav. 7,475 VZÄ in ATZ-Freistellung) im Kernhaushalt und 10,5 VZÄ (dav. 10,5 Stellen ATZ-Freistellung) im SIM sollen im HSK-Zeitraum abgebaut werden. Das sind insgesamt 50,0 VZÄ und entspricht 9,4 % des Stellenbestandes von 2016.

Die produktbezogene Stellenentwicklung ist in der Anlage zum Personalkonzept „Stellenentwicklung“ dargestellt.

Für die Verwaltung und SIM ergeben sich für den HSK-Zeitraum insgesamt **nachfolgende Einsparvorgaben**.

Für den Kernhaushalt und SIM ist die Erreichung einer SOLL-Stellenausstattung von 484,2 VZÄ geplant (Kernhaushalt = 350,8 und SIM = 133,4 VZÄ). Gegenüber dem HSK 2013/14 bis 2018 erhöht sich damit die Einsparvorgabe um 12,6 VZÄ. Der Landesrechnungshof hat in seiner überörtlichen Prüfung 2011 eine Stellenausstattung von insgesamt 509,6 VZÄ vorgegeben.

Zielvorgabe Stellenausstattung	LRH 11	HSK 13/14	HSK 16	Verände- rung	StPI 16	kw StPI 16	weiteres Potenzia l	Summe Abbau	in %
Verwaltung	372,5	361,8	350,8	-11,0	390,2	22,3	17,2	39,5	10,1
SIM	137,1	135,0	133,4	-1,6	143,9	10,5	0,0	10,5	7,3
Verwaltung & SIM	509,6	496,8	484,2	-12,6	534,1	32,8	17,2	50,0	9,4

Die Zielvorgaben zur Stellenausstattung und die Entwicklung der Stellen unter Berücksichtigung der Umsetzung der Einsparvorgaben für die einzelnen Teilhaushalte und Produkte sind in der Anlage zum Personalkonzept „Stellenentwicklung“ abgebildet.

Die Umsetzung der Einsparvorgaben erfolgt unter Ausnutzung der natürlichen Personalfuktuation.

In der nachstehenden Tabelle sind die freien und altersbedingt freiwerdenden Stellen im Zeitraum 2016 – 2026 gezeigt.

Freie und altersbedingt freiwerdende Stellen 2016 - 2026																	
Auf Stellen geführtes Personal 01.01.2016				294					93				150				537
Jahr	Kernhaushalt freie und freiwerdende Stellen				Feuerwehr freie und freiwerdende Stellen				SIM freie und freiwerdende Stellen				Verwaltung gesamt freie und freiwerdende Stellen				
	ohne kw	kw	ATZ- Stellen	Gesamt	ohne kw	kw	ATZ- Stellen	Gesamt	ohne kw	kw	ATZ- Stellen	Gesamt	ohne kw	kw	ATZ- Stellen	Gesamt	
2016	12	1	5	18	8			8	5	1	3	9	25	2	8	35	
2017	8	4	3	15	3			3	1		4	5	12	4	7	23	
2018	7	5	1	13	7			7			8	8	14	5	9	28	
2019	5	2	5	12	6	3		9	2		4	6	13	5	9	27	
2020	9			9	2			2	3			3	14	0	0	14	
2021	11	1		12	5			5	7			7	23	1	0	24	
2022	17	2		19	8			8	9			9	34	2	0	36	
2023	13			13	6			6	5			5	24	0	0	24	
2024	14			14	4			4	8			8	26	0	0	26	
2025	8			8	4			4	14			14	26	0	0	26	
2026	10	1		11	3			3	5			5	18	1	0	19	
	114	16	14	144	56	3	0	59	59	1	19	79	229	20	33	282	

Insgesamt werden von 2016 – 2026 im Kernhaushalt und im SIM altersbedingt 282 der 537 am 01.01.2016 auf Stellen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausscheiden.

Das entspricht 52,5 % des Stellenbestandes.

53 Stellen sind insgesamt mit kw vermerkt. Weitere 18 Stellen im Kernhaushalt sollen im Rahmen der HSK-Maßnahmen abgebaut werden.

Die Zielvorgabe zur Stelleneinsparung kann nur mit den im Punkt III beschriebenen organisatorischen und personalwirtschaftlichen Handlungsfeldern umgesetzt werden.

III. Organisatorische und personalwirtschaftliche Handlungsfelder zur Umsetzung der Einsparvorgaben sowie Identifizierung weiterer Einspar- und Optimierungspotenziale

Es besteht das Ziel, die Aufgaben den veränderten Ressourcen (Finanzen, Personal) anzupassen und bestehende Optimierungsmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Innovation und Leistungsfähigkeit – auch unter schwierigen Bedingungen – kann nur mit engagierten Mitarbeitern gelingen. Hierfür braucht sie ein vorausschauendes und motivierendes Personalmanagement, das eine quantitative und qualitative Personalbedarfsplanung, Personalgewinnung,

Personaleinsatzplanung, Personalführung und Personalentwicklung umfasst. Es muss sichergestellt werden, dass die Arbeits- und Innovationsfähigkeit sowie die Motivation der Mitarbeiter bis ins höhere Alter erhalten bleiben und die Stärken klar identifiziert werden. Dies erfordert insbesondere ausreichende Fort- und Weiterbildungen. Die Personalrekrutierung wird entsprechend den aufgezeigten altersbedingten Personalabgängen eine zentrale Rolle einnehmen. Bei steigendem Wettbewerb um qualifiziertes Personal müssen neue Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, um die Stadtverwaltung als attraktiven Arbeitgeber zu profilieren und die Personalbeschaffung allgemein – besonders der Nachwuchsführungskräfte – zu verbessern.

Systematische Aufgaben-/Produktkritik

Begleitet wird die Umsetzung der Zielvorgaben zur Stellenausstattung durch eine systematische Aufgabenkritik sowohl freiwilliger als auch pflichtiger Aufgaben als permanente Aufgabe. Ziel der Aufgabenkritik ist es, durch zielorientierte kontinuierliche Aufgabenprüfung die Effizienz des Verwaltungshandelns zu steigern und den stetig wachsenden Aufgabenbestand zu reduzieren.

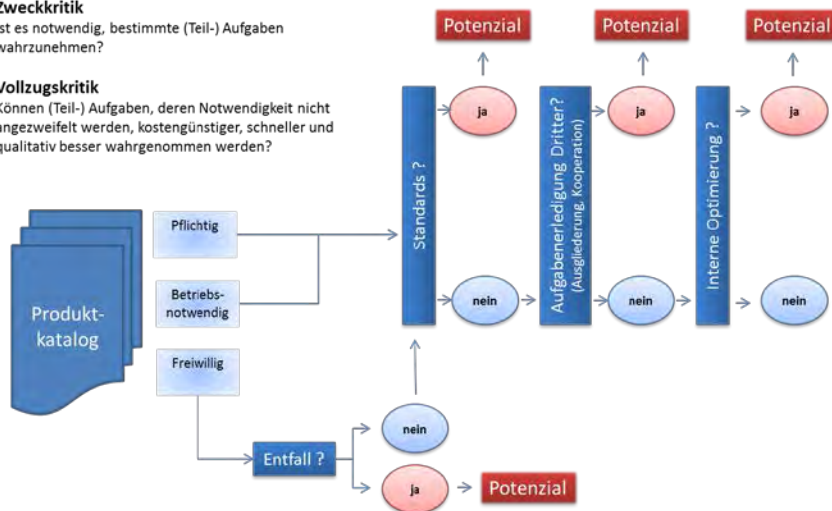
Kritische Prüfung des Aufgabenbestandes (Aufgabenkritik) im Kontext der dauerhaften Leistungsfähigkeit der Stadt

Zweckkritik

Ist es notwendig, bestimmte (Teil-) Aufgaben wahrzunehmen?

Vollzugskritik

Können (Teil-) Aufgaben, deren Notwendigkeit nicht angezweifelt werden, kostengünstiger, schneller und qualitativ besser wahrgenommen werden?



Prüfung:

- (A) Aufgabenverzicht
- (B) Standardabbau
- (C) Aufgabenübertragung auf Dritte durch Ausgliederungen/Kooperationen, insbesondere mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
- (D) interne Optimierung der Aufbau- und Ablauforganisation zur effektiven und effizienten Aufgabenerfüllung. (Strukturen, Prozesse, Qualität, Kosten, Geschwindigkeit, Effizienz und Effektivität...)

Mit dem **produktorientierten Haushalt** ist es möglich, eine Verknüpfung zwischen den Ergebnissen/Wirkungen der Verwaltung sowie des dazu notwendigen Ressourceneinsatzes herzustellen und Aufgabenkritik zur **Produktkritik** weiterzuentwickeln.

Produktkritik bedeutet, den Wirkungsbeitrag eines Produktes oder eines Projektes zur Erreichung strategischer Ziele zu erfassen und damit das Verhältnis von Ressourceneinsatz und Zielerreichungsgrad zu hinterfragen

Schwerpunkte bilden dabei:

1. Organisatorische Begleitung bei der Umsetzung der HSK-Maßnahmen, insbesondere:
 - 1.1. Optimierung im Bereich Kultur und Marketing (Verwaltung/VZN),
 - 1.2. Schließung der Barkasse,
 - 1.3. Prozessoptimierung im Einwohnerservice,
 - 1.4. Reorganisation des Bereiches Generationen, Bildung und Sport,
 - 1.5. Reorganisation Regionalbibliothek.
2. Umsetzung des E-Government-Gesetzes
Ziel: Bessere (medienbruchfreie) elektronische Angebote für die Bürgerinnen und Bürger und komfortablere Prozesse und moderne Werkzeuge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie einer ebenenübergreifenden Zusammenarbeit mit dem Land M-V und anderen Behörden.
Dazu wird gegenwärtig ein Organisationskonzept erarbeitet (verantwortlich: 1.30 Organisation).
3. Optimierung von Geschäftsprozessen, insbesondere
 - 3.1. Optimierung von Prozessen durch IT-Unterstützung und elektronische Kommunikation (Digitaler Sitzungsdienst, Einsatz des Dokumentenmanagementsystems in Vorbereitung zur Einführung der E-Akte, Posteingang, Rechnungswesen),
 - 3.2. Erhebung und Optimierung von internen Steuerungs- und Unterstützungsprozessen „Personal, Organisation und Finanzen“.
4. Ausbau der Kooperation und Zusammenarbeit, insbesondere mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
 - 4.1. Kooperation auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie,
 - 4.2. Kooperation beim Aufbau eines Bürgerrathauses im Zusammenhang mit der Rathaussanierung 2016 bis 2021,
 - 4.3. Teilnahme am Wissensmanagementsystem D 115 im Zusammenwirken mit dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte,
 - 4.4. Interkommunale Vergleiche mit großen kreisangehörigen Städten (Benchmarking).

2. Nachbesetzung freier und freiwerdender Stellen

Die Nachbesetzung freier und freiwerdender Stellen erfolgt im Rahmen der im Punkt II festgelegten Zielvorgaben zur Stellenausstattung. Vor jeder Nachbesetzung ist zu prüfen:

- Sind die Aufgaben gänzlich entbehrlich oder nur temporär erforderlich (Befristung von Arbeitsverträgen bzw. sonstige arbeitsvertragliche Regelungen zur Abdeckung eines zeitlich begrenzten Personalbedarfs)?
- Wie haben sich die Arbeitsmengen entwickelt?
- Ermittlung von Vergleichswerten (Benchmark).
- Können die Aufgaben in deutlich verringerter Intensität (Standardabbau) wahrgenommen werden?

- Können die Aufgaben wirtschaftlicher an Dritte übertragen bzw. in Kooperationen mit anderen Gebietskörperschaften oder städtischen Beteiligungen erledigt werden?
- Kann durch Technikeinsatz Potenzial gehoben werden?
- Überprüfung der Stellenbewertungen.
- Kann eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit erfolgen?
- Ist eine Wiederbesetzungssperre bzw. -verzögerung möglich?

3. Übertragung höherwertige Tätigkeiten, Höhergruppierungen

1. Konsequente Umsetzung der unter Punkt 2 ausgewiesenen Zielvorgaben zur Stellenausstattung unter Ausnutzung der natürlichen Personalfluktuation.
2. Fortführung von Teilzeitangeboten unter Berücksichtigung dienstlicher Belange.
3. Angebote zur unbezahlten Freistellung, soweit dienstlich vereinbar.
4. Freistellung anstatt Jahressonderzahlung für Beschäftigte, soweit im Ergebnis der Tarifverhandlungen die Regelungen zur Jahressonderzahlung so beibehalten werden und dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen.
5. Fortführung des Grundsatzes, dass Beförderungen nur vorgenommen werden, soweit Beamtinnen und Beamte mindestens ein Jahr einen Beförderungsdienstposten bekleiden.
6. Vor einer externen Stellenbesetzung ist zu prüfen, ob die freie Stelle intern durch hausinterne Umsetzung gegebenenfalls nach entsprechenden Fortbildungs-/Qualifizierungsmaßnahmen oder mit von der Stadt ausgebildeten Nachwuchskräften nachbesetzt werden kann.
7. Bedarfsorientierte Personalentwicklung und Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs unter besonderer Beachtung der Entwicklung von Beamtenstellen.
8. Fortführung des betrieblichen Gesundheitsmanagements zur Optimierung des Ressourceneinsatzes und Erhöhung der Arbeitsproduktivität.
9. „Ist beabsichtigt, Mitarbeiterinnen/ Mitarbeiter vorübergehend oder dauerhaft andere als die bisher wahrgenommenen Aufgaben zu übertragen, ist zuvor durch die/den Vorgesetzten eine organisatorische Prüfung und Bewertung durch die Abteilung Organisation zu veranlassen. Sollte im Ergebnis die beabsichtigte Aufgabeübertragung zulagen- bzw. höhergruppierungsrelevant sein, bedarf die Übertragung der vorherigen Zustimmung des Oberbürgermeisters.“

OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016											V-Stpl.	Abbau	
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	insges.	
OB-Bereich																					
THH 1 Bereich Oberbürgermeister																					
0.10	1.1.6.03	Beteiligungsmanagement	2,8	3,8	3,8	2,8	2,8	2,8											2,8	0,0	
0.20	1.1.1.01	Verwaltungssteuerung	7,2	10,9	10,9	10,4	10,4	7,2											7,2	0,0	
0.30	1.1.1.02	Zentrale Steuerung	3,8	3,3	4,3	2,8	3,8	3,8											3,8	0,0	
0.30	1.2.1.01	Statistik	1,2	2,0	1,0	1,2	1,2	1,2											1,2	0,0	
0.40	1.1.8.01	Rechnungsprüfungsamt	5,8	7,3	5,8	5,8	6,4	6,8					-1,0						5,8	-1,0	
0.50	1.1.9.01	Justizariat	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0											4,0	0,0	
0.50	1.1.4.04	Vergabestelle	2,3	3,0	3,0	3,0	2,4	2,3											2,3	0,0	
0.50	1.1.4.01	Informationstechnologie	10,5	12,0	12,0	11,0	11,0	11,0		-0,5									10,5	-0,5	
0.50	5.3.8.01	Abwasserbeseitigung	2,0	2,1	2,1	2,0	3,0	2,5	-0,5										2,0	-0,5	
0.60	1.1.1.07	Personalrat	-0,5	1,1	1,1	1,0	1,0	0,0	-0,5										-0,5	-0,5	
0.90	1.1.1.03	Öffentlichkeitsarbeit	3,0		im Produkt 1.1.1.01			3,0											3,0	0,0	
0.90	5.1.1.01	Stadtmarketing	2,9	3,1	3,4	3,4	3,4	2,9											2,9	0,0	
Summe THH 1			44,9	52,5	51,2	47,2	49,2	47,4	-1,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,9	-2,5	
Weiteres Potenzial:																				0,0	
HSK 2016-1-2/Ü-2	Produkt 1.1.1.01 Verwaltungssteuerung								-1,0			-1,0								-2,0	
HSK 2016-Ü-2	Produkte 1.1.1.02 Zentrale Steuerung										-1,0									-1,0	
HSK 2016-1-1	Produkte 5.1.1.01 Stadtmarketing								-1,0											-1,0	
Summe weiteres Einsparpotenzial									0,0	-2,0	0,0	-1,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-4,0	
THH 8 Generation, Bildung und Sport																					
0.80	2.1.1.01	Grundschulen	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8	4,8											4,8	0,0	
0.80	2.1.5.01	Regionale Schulen	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4											2,4	0,0	
0.80	2.4.3.01	Sonstige schulische Aufgaben	3,5	2,5	2,5	2,5	2,5	3,5											3,5	0,0	
0.70	1.1.1.06	Gleichstellung	0,5			0,5	0,5	0,5											0,5	0,0	
0.70	2.7.3.01	Generationen und Bildung	2,7		Produkt 1.1.1.80			3,2		-0,5									2,7	-0,5	
0.70	3.3.1.01	Förderungen	0,3	0,2	Produkt 1.1.1.80			0,5		-0,2									0,3	-0,2	
0.70	3.6.3.01	Jugend- und Schulsozialarbeit	0,3		Produkt 1.1.1.80			0,5		-0,3									0,3	-0,3	
0.70	4.2.1.01	Förderung des allgemeinen Sports	2,0	2,5	2,0	1,2	1,2	2,0											2,0	0,0	
0.70	4.2.1.02	Förderung des Leistungssports	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1											0,1	0,0	
0.70	1.1.1.80	Verwaltung FB 8 (01.01.16 aufgelöst)	0,0	6,9	6,9	3,8	4,0	0,0	Fachprodukte Bereich Generation, Bildung, Sport, Marketing											0,0	0,0
Summe THH 8			16,5	19,4	18,6	15,2	15,4	17,4	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,5	-1,0	
Weiteres Potenzial:																					
HSK 2016-8-1	Produkt 2.7.3.01 Generationen und Bildung								-1,0											-1,0	
Summe weiteres Einsparpotenzial									0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-1,0	

OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016											V-Stpl. 2027	Abbau insges.
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026		
FB 1 Innere Verwaltung																				
THH 2 Innere Verwaltung																				
1.00	1.1.1.10	Verwaltung FB 1	3,0	4,1	4,1	3,1	3,1	3,0											3,0	0,0
1.00	3.6.1.02	Förderung von Kindern in	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2											0,2	0,0
1.00	3.6.5.02	Tageseinrichtungen für Kinder (WSG)	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8											0,8	0,0
1.20	1.1.2.01	Personaldienste	6,0	13,1	12,1	7,3	7,3	7,0		-1,0									6,0	-1,0
1.20	1.1.2.02	Personalentwicklung	4,0	6,7	5,7	8,4	9,4	9,7	-1,0	-1,5		-1,2			-1,0			-1,0	4,0	-4,7
		davon Stellenpool	0,5	4,8	3,3	3,7	5,2	6,2	-1,0	-1,5		-1,2			-1,0			-1,0	0,5	-4,7
1.30	1.1.3.01	Organisation	4,3	4,8	4,3	4,8	4,8	4,3											4,3	0,0
1.40	1.1.6.01	Finanzen	33,0	31,2	30,2	37,4	34,4	34,0				-1,0							33,0	-1,0
Summe THH 2			51,3	60,8	57,3	62,0	60,0	59,0	-1,0	-2,5	0,0	-2,2	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	51,3	-6,7
Weiteres Potenzial:																				
HSK 2016-2-3/Ü-2		Schließung Barkasse, weitere Optimierung im Produkt 1.1.6.01								-1,0		-1,0			-1,0					-3,0
Summe weiteres Einsparpotenzial									0,0	-1,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,0

OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)		HSK SOLL	Stellenplan				Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016											V-Stpl.	Abbau	
				2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	insges.
FB 2 Stadtplaung, Wirtschaft, Bauaufsicht und Kultur																					
THH 3 Stadtplaung, Wirtschaft und Bauaufsicht																					
2.00	1.1.1.20	Verwaltung FB 2	3,0	10,7	9,7	7,1	7,1	3,5	-0,5											3,0	0,0
2.10	5.2.1.01	Bauaufsicht	11,0	10,8	10,8	10,0	9,0	11,0												11,0	0,0
2.20	5.1.1.03	Städtebauliche Planung	6,0	7,3	7,8	7,8	7,0	7,0				-1,0								6,0	-1,0
2.20	5.1.1.04	Fachplanung Städtebau	7,6	13,3	11,8	9,3	8,0	7,6												7,6	0,0
2.20	5.2.3.01	Denkmalschutz/Denkmalpflege	2,0	Produkt 5.1.1.04		2,0	2,0	2,0												2,0	0,0
2.40	5.1.1.07	Stadtentwicklung	3,3	3,0	3,5	3,5	3,5	3,8	-0,5											3,3	0,0
2.40	5.1.1.08	Städtebauförderung	3,9	5,9	5,9	5,9	4,4	4,4				-0,5								3,9	-0,5
2.40	5.7.1.01	Wirtschaftsförderung	3,8	6,0	5,5	4,5	4,5	4,3		-0,5										3,8	-0,5
2.40	3.5.1.03	Wohngeld	8,0	8,5	8,0	8,0	7,5	8,0												8,0	0,0
Summe THH 3			48,5	65,3	62,8	57,9	52,9	51,5	-1,0	-0,5	0,0	-1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	48,5	-2,0
Weiteres Potenzial:																					
HSK 2016-Ü-2		Produkt 5.2.1.01 Bauaufsicht										-1,0									-1,0
HSK 2016-3-1		Produkt 5.1.1.08 Wirtschaftsförderung									-1,0										-1,0
			Summe weiteres Einsparpotenzial					0,0	0,0	-1,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-2,0	
THH 9 Kultur																					
2.50	2.8.1.01	Sonstige kulturelle Aufgaben	7,7	2,0	2,0	2,0	2,0	7,7												7,7	0,0
2.50	1.1.1.80	Verwaltung FB 8 - Teil Kultur	0,0	4,5	6,7	6,7	6,7	0	Produkt 2.8.1.01											0,0	0,0
2.50.20	2.5.2.01	Regionalmuseum	5,7	7,2	6,7	6,7	6,7	6,2	-0,5											5,7	-0,5
2.50.40	2.5.2.02	Stadtarchiv	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0												3,0	0,0
2.50.40	1.1.4.03	Zwischenarchiv	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0												1,0	0,0
2.50.30	2.5.2.03	Kunstsammlung	3,8	5,3	4,8	4,3	4,3	3,8												3,8	0,0
2.50.10	2.7.2.01	Regionalbibliothek	16,9	18,7	19,7	18,8	18,9	17,9		-1,0										16,9	-1,0
2.50.10	2.8.1.02	Annalise-Wagner-Stiftung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3												0,3	0,0
Summe THH 9			38,3	41,9	44,1	42,7	42,8	39,8	-0,5	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38,3	-1,5
Weiteres Potenzial																					
HSK 2016-Ü-2		Produkt 2.5.2.02 Stadtarchiv (temporärer Mehrbedarf 2016 ff)														-1,0					-1,0
HSK 2016-9-12		Produkt 2.7.2.01 Regionalbibliothek								-1,0						-1,0					-2,0
HSK 2016-9-12/13/14		Produkt 2.8.1.01 Sonstige kult. Aufgaben (Kulturförderung, Sammlungsportal)								-1,0					-0,8		-1,0			-2,7	
HSK 2016-9-1		Regionalmuseum													-0,5						-0,5
			Summe weiteres Einsparpotenzial					0,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-2,7	0,0	-1,0		-6,2	

OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016											V-Stpl.	Abbau		
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	insges.		
FB 3 Ordnung und Sicherheit																						
THH 4 Ordnung und Sicherheit																						
3.00	1.1.1.30	Verwaltung FB 3	0,0	5,8	6,5	4,0	4,0	5,3											5,3	0,0		
3.00	1.2.1.02	Wahlen	-0,1	0,2	0,0	3,2	3,0	3,6		-0,1									3,6	-0,1		
3.10	1.2.2.01	Ordnungsangelegenheiten	-2,2	30,7	32,9	31,4	30,4	29,4			-2,0			-0,2					27,2	-2,2		
3.10	3.1.5.01	Obdachlosenheim	0,0			0,8	0,8	0,8											0,8	0,0		
3.10	5.5.4.03	Immissionsschutz	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0											1,0	0,0		
3.10	5.7.3.01	Wochenmarkt	0,0	0,8	0,5	0,5	0,5	1,0											1,0	0,0		
3.10.20	1.2.3.02	Verkehrsaufsicht	0,0					2,2											2,2	0,0		
3.20.10	1.1.4.05	Bürgerberatung	0,0		8,7	5,7	4,8	5,1											5,1	0,0		
3.20.10	1.2.2.02	Einwohner und Personenstand	-1,5	37,8	23,8	25,0	25,5	22,4		-0,5	-1,0								20,9	-1,5		
3.20.20	1.2.3.01	Verkehrsangelegenheiten	0,0	16,5	15,5	14,0	13,0	10,5											10,5	0,0		
3.30	1.2.6.01	Brandschutz	0,0	97,5	93,5	93,0	91,5	90,0											90,0	0,0		
3.30.60	1.2.7.01	Rettungsdienst	-3,0	1,0	1,0	1,0	6,0	4,0			-3,0								1,0	-3,0		
Summe THH 4			-6,7	191,2	183,5	179,5	180,5	175,2	0,0	-0,5	-3,0	-3,0	0,0	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0	168,5	-6,7		
Weiteres Potenzial:																						
HSK 2016-4-1		Optimierung Einwohnerservice/Wahlen							-1,0											-1,0		
Summe weiteres Einsparpotenzial									0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-1,0			

OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016												V-Stpl. 2027	Abbau insges.	
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026				
Zusammenfassung Verwaltung und SIM																						
OE	Teilhaushalt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016													Abbau insges.	
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026				
OBB	THH 1 Bereich OB	44,9	52,5	51,2	47,2	49,2	47,4	-1,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	44,9	-2,5		
		-4,0						0,0	-2,0	0,0	-1,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-4,0		
OBB	THH 8 Generation, Bildung und Sport	16,5	19,4	18,6	15,2	15,4	17,4	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	16,5	-1,0		
		-1,0						0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-1,0		
FB 1	THH 2 Innere Verwaltung	51,3	60,8	57,3	62,0	60,0	59,0	-1,0	-2,5	0,0	-2,2	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	-1,0	51,3	-7,7		
		-3,0						0,0	-1,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-3,0		
FB 2	THH 3 Stadtplanung/Wirtschaft/Bauaufsicht	48,5	65,3	62,8	57,9	52,9	51,5	-1,0	-0,5	0,0	-1,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	48,5	-3,0		
		-2,0						0,0	0,0	-1,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-2,0		
FB 2	THH9 Kultur	38,3	41,9	44,1	42,7	42,8	39,8	-0,5	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	38,3	-1,5		
		-6,2						0,0	-2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,5	-2,7	0,0	-1,0	0,0		-6,2		
FB 3	THH 4 Sicherheit und Ordnung	168,5	191,2	183,5	179,5	180,5	175,2	0,0	-0,5	-3,0	-3,0	0,0	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	168,5	-6,7		
		-1,0						0,0	-1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0		-1,0		
FB 4	Abschluss Kreisaufgaben	0,0	8,3	4,9																0,0		
	Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016 -Kernhaushalt-							-3,5	-4,5	-4,5	-6,7	0,0	-1,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	-1,0		-22,3		
	weiteres Potenzial							0,0	-7,0	-1,0	-3,0	-1,0	0,0	-1,5	-2,7	0,0	-1,0	0,0		-17,2		
	Summe Verwaltung	350,8	439,4	422,4	404,4	400,8	390,2		386,7	375,2	369,8	360,1	359,1	358,1	355,4	352,7	352,7	351,8	350,8			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr			-16,9	-18,0	-3,6	-10,6		386,7	-11,5	-5,4	-9,7	-1,0	-1,0	-2,6	-2,7	0,0	-0,9				
SIM	SIM	133,4	162,5	146,1	146,1	144,6	143,9	-2,5	-2,0	-3,5	-2,5											
	Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016 -SIM-							-2,5	-2,0	-3,5	-2,5									-10,5		
	weiteres Potenzial (Prüfung in Maßnahme 2016-6-5)																			0,0		
		133,4	162,5	146,1	146,1	144,6	143,9		141,4	139,4	135,9	133,4	133,4	133,4	133,4	133,4	133,4	133,4				
	Veränderungen gegenüber Vorjahr			-16,4	0,0	-1,4	-0,8		141,4	-2,0	-3,5	-2,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				
	Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016 -Kernhaushalt & SIM-							-6,0	-6,5	-8,0	-9,2	0,0	-1,0	-1,2	0,0	0,0	0,0	-1,0		-32,8		
	weiteres Potenzial							0,0	-7,0	-1,0	-3,0	-1,0	0,0	-1,5	-2,7	0,0	-1,0	0,0		-17,2		
	Verwaltung & SIM	484,2	601,8	568,5	550,5	545,4	534,1		528,1	514,6	505,6	493,5	492,5	491,5	488,8	486,1	486,1	485,2	484,2			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr			-33,4	-18,0	-5,1	-11,3		528,1	-13,5	-8,9	-12,2	-1,0	-1,0	-2,6	-2,7	0,0	-0,9				

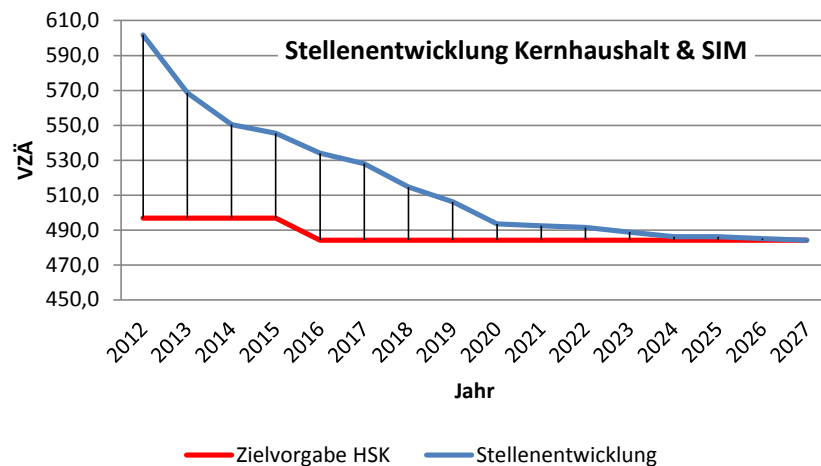
OE	Produkt (Nr. und Bezeichnung)	HSK SOLL	Stellenplan					Umsetzung kw-Vermerke Stellenplan 2016												V-Stpl. 2027	Abbau insges.
			2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026			

Zielvorgabe HSK 2016 (Basis Stellenplan 2016)

Zielvorgabe Stellenausstattung	LRH 11	HSK 13/14	HSK 16	Veränderung	StPI 16	kw StPI 16	weiteres Potenzial	Summe Abbau	in %
Verwaltung	372,5	361,8	350,8	-11,0	390,2	22,3	17,2	39,5	10,1
SIM	137,1	135,0	133,4	-1,6	143,9	10,5	0,0	10,5	7,3
Verwaltung & SIM	509,6	496,8	484,2	-12,6	534,1	32,8	17,2	50,0	9,4

Stellenentwicklung nach Umsetzung der Einsparvorgaben

Stellenentwicklung Kernhaushalt & SIM	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Zielvorgabe HSK	496,8	496,8	496,8	496,8	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2	484,2
Stellenentwicklung	601,8	568,5	550,5	545,4	534,1	528,1	514,6	506,1	493,5	492,5	491,5	488,8	486,1	486,1	485,2	484,2
		-33,4	-18,0	-5,1	-11,3	-6,0	-13,5	-8,4	-12,7	-1,0	-1,0	-2,6	-2,7	0,0	-0,9	-1,0
					von 2012	-67,8								von 2016 - 2027	-49,9	-117,7



Herausgeber:

Stadt Neubrandenburg
Der Oberbürgermeister

Friedrich-Engels-Ring 53
17033 Neubrandenburg

www.neubrandenburg.de
stadt@neubrandenburg.de